Einwohnergemeinde Meinisberg



Aktualisierung der Ortsplanung

Baureglement

Genehmigung

Schwarze Schrift:

Blaue Schrift:

Rote Schrift:

Übernahme aus altem Baureglement

technisch geänderte Inhalte (BMBV / MBR)

materiell geänderte Inhalte

Bern, 14. Oktober 2024 1804_361_BR_GN_241014.docx



Impressum

Auftraggeber

Einwohnergemeinde Meinisberg Hauptstrasse 45 2554 Meinisberg

Auftragnehmer

BHP Raumplan AG Güterstrasse 22a 3008 Bern

Bearbeitung

Kaspar Reinhard, Projektleiter
Martin Lutz, Projektleiter/Sachbearbeiter
Moritz Iseli, Sachbearbeiter

Inhaltsverzeichnis

EIN	eitung			7
1	Geltu	ngsbere	ich	10
		Art. 1	Geltungsbereich sachlich	10
	•	Art. 2	Geltungsbereich räumlich	10
		Art. 3	Ausgleich von Planungsvorteilen	10
2	Nutzı		en	
	2.1	Wohn- เ	und Mischzonen	11
		Art. 4	Art der Nutzung	
		Art. 5	Mass der Nutzung	12
	2.2	Zonen f	ür öffentliche Nutzungen sowie für Sport- und Freizei	tanlagen 16
		Art. 6	Zonen für öffentliche Nutzungen (ZöN)	16
		Art. 7	Zonen für Sport- und Freizeitanlagen (ZSF)	17
	2.3	Weitere	Nutzungszonen im Baugebiet	20
	÷	Art. 8	Bauernhofzone (BH)	20
	2.4	Nutzun	gszonen im Nichtbaugebiet	
		Art. 9	Landwirtschaftszone (LWZ)	20
3	Beso		aurechtliche Ordnungen	
	3.1	Zonen	nit Planungspflicht (ZPP)	21
		Art. 10	ZPP "Hertenholz"	21
		Art. 11	ZPP "Mühle"	22
	3.2	Besteh	ende besondere baurechtliche Ordnungen	23
		Art. 12	Zonen mit besonderen baurechtlichen Ordnungen	23

ŀ	Qual	tät des Ba	auens und Nutzens	24
	4.1	Bau- und	Aussenraumgestaltung	24
	•		Gestaltungsgrundsatz	
			Bauweise, Stellung der Bauten	
		Art. 15	Fassadengestaltung	25
		Art. 16	Dachgestaltung	25
		Art. 17	Aussenraumgestaltung	27
		Art. 18	Terrainveränderungen, Stützmauern, Böschungen	28
	-	Art. 19	Reklamen und Plakatierung	28
		Art. 20	Gestaltungsspielraum	28
	4.2	Qualitäts	sicherung	29
			Fachberatung	
			Qualifizierte Verfahren	
	4.3	Energie		30
•		_	Gemeinsames Heiz- oder Heizkraftwerk	
5	Bau-	und Nutzı	ungsbeschränkungen	31
	5.1	Ortsbildp	flege	31
		Art. 24	Ortsbildschutzgebiete	31
	5.2	Pflege de	r Kulturlandschaft	32
	,	Art. 25	Baudenkmäler	32
	٠.	Art. 26	Historische Verkehrswege	32
		Art. 27	Archäologische Schutzgebiete , Bodenfunde	33
		Art. 28	Einzelbäume und Sträucher	33
		Art. 29	Gewässerraum für Fliessgewässer und stehende Gewässer	33
		Art. 30	Bereich ohne Rewirtschaftungs-einschränkung	34

	5.3	Schutz (der naturnahen Landschaft	34
		Art. 31	Landschaftsschutzgebiet Bockegge	34
			Landschaftsschutzgebiet Büttenberg	
			Gebietsfremde und schädliche Pflanzen / Tiere	
	5.4	Ersatzm	nassnahmen	36
			Ersatzmassnahmen	
	5.5	Gefahre	engebiete	37
	,	Art. 35	Bauen in Gefahrengebieten	37
6	Straf-	und Scl	nlussbestimmungen	39
			Widerhandlungen	
		Art. 37	Inkrafttreten	39
		Art. 38	Aufhebung von Vorschriften	39
Gen	ehmig	ungsver	merke	41

	Anhang	. ,	***************************************	42
٠.	Anhang 1		tionen und Messussison	
•'		A1.1	Gebäudelänge	42
		A1.2	Bauabstände	42
-		A1.3	Nutzungsziffern	45
		A1.4	Altrechtliche Nutzungsziffern	
	Anhang 2	Zone	für Sport- und Freizeitanlagen 1 (Art. 7)	
	Beilagen.			49
	B1		erungen und Hinweise	
		B1.1	Bauinventar (behördenverbindlich)	49
		B1.2	Archäologisches Inventar (behördenverbindlich)	
		B1.3	Fuss- und Wanderwege im kant. Sachplan	
		B1.4	Geschützte Objekte (grundeigentümerverbindlich)	
		B1.5	Lebensräume von nationaler und regionaler Bedeutung	
		B1.6	Gewässer und Uferbereiche (grundeigentümerverbindlich)	
		B1.7	Grundwasserschutzzone	
	•	B1.8	Wald (grundeigentümerverbindlich)	
	B2	Bernis	ches Einführungsgesetz zum ZGB	

Abkürzungen

aGbF	anrechenbare Gebäudefläche	KARCH -	Koordinationsstelle für Amphibien- und Reptilienschutz
Abk.	Abkürzung	KDP	Kant. Denkmalpflege
Ą	Grenzabstand	KEnG	Kant. Energiegesetz
AHOP	Kant. Arbeitshilfen für die Ortsplanung	KenV	Kant. Energieverordnung
AGR -	Kant. Amt für Gemeinden und Raumordnung	KWaG	Kant. Waldgesetz
ANF	Abteilung Naturförderung des LANAT	KWaV	Kant. Waldverordnung
ASTRA	Bundesamt für Strassen	LANAT	Amt für Landwirtschaft und Natur
AUE	Kant. Amt für Umweltkoordination und Energie	Lit.	Littera
AZ.	Ausnützungsziffer	LSV	Eidg. Lärmschutzverordnung
beco	Berner Wirtschaft	LWZ	Landwirtschaftszone
Bst.	Buchstabe	NHG	Eidg. Natur- und Heimatschutzgesetz
BauG	Kant. Baugesetz	NHV	Eidg. Natur- und Heimatschutzverordnung
BauV	Kant. Bauverordnung	NSchG	Kant. Naturschutzgesetz
BewD	Kant. Baubewilligungsdekret	NSchV	Kant. Naturschutzverordnung
BGF	Bruttogeschossfläche	OK EG	Oberkante Erdgeschoss
BMBV	Kant. Verordnung über die Begriffe und Messweisen im Bauwesen	OLK	Kant. Kommission zur Pflege der Orts- und Landschaftsbilder
BSG	Bernische systematische Gesetzessammlung	ÖQV	Eidg. Öko-Qualitätsverordnung
BSIG ·	Bernische Systematische Information Gemeinden	RPG	Raumplanungsgesetz
DZV	Eidg. Direktzahlungsverordnung	RPV	Raumplanungsverordnung
EGzZGB	Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch	RRB	Regierungsratsbeschluss
ES	Empfindlichkeitsstufe (gemäss Art 43 LSV)	sia	schweizerischer ingenieure- und architektenverein
, ff.	folgende	SG	Kant. Strassengesetz
FH tr	Fassadenhöhe traufseitig	SR	Systematische Rechtssammlung des Bundes
FrSV	Eidg. Freisetzungsverordnung	′ UeO	Überbauungsordnung
gA	grosser Grenzabstand	USG	Umweltschutzgesetz
ggf.	gegebenenfalls	VG	Vollgeschoss
GL	Gebäudelänge	VRPG -	Kant. Verwaltungsrechtspflegegesetz
GEAK	Gebäudeenergieausweis der Kantone	WA	Wohnanteil
GF	Geschossfläche	WBG	Kant, Wasserbaugesetz
GFZo	Geschossflächenziffer oberirdisch	WBV	Kant. Wasserbauverordnung
GSchV ·	Eidg. Gewässerschutzverordnung	ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch
IVS	Inventar für historische Verkehrswege der Schweiz	ZöN	Zone für öffentliche Nutzungen
JSG	Eidg. Jagdgesetz	ZPP	Zone mit Planungspflicht
kA	kleiner Grenzabstand	ZUeO	Zone mit bestehender Überbauungsordnung
÷			, and the second of the second

	Normativer Inhalt	Hinweise	Altes Baureglement / Hinweise
	Einleitung		
Baurechtliche Grundordnung	Das Baureglement (BR) der Einwohnergemeinde Meinisberg bildet zusammen mit dem Zonenplan, dem Zonenplan Gewässer und Zonenplan Naturgefahren die baurechtliche Grundordnung für das gesamte Gemein- degebiet. Sie ist für sämtliche Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer verbindlich.		Art. 1 Abs. 1
Zonenplan	Im Zonenplan sind die einzelnen Nutzungszonen mit farbigen Flächen dargestellt. Die Nutzungszonen decken zusammen mit den besonderen baurechtlichen Ordnungen (Überbauungsordnungen UeO, Zonen mit Planungspflicht ZPP und Uferschutzplan USP) das gesamte Gemeindegebiet ab. Sie werden je nach Situation von Bauund Nutzungsbeschränkungen überlagert.	Die Gebiete und Objekte der Ortsbild- und Landschaftspflege mit Bau- und Nutzungsbeschränkungen können auch in einem separaten Schutzzonenplan dargestellt sein.	Art. 1 Abs. 3
	Der Zonenplan enthält weitere Gebiete und Objekte mit Bau- und Nutzungsbeschränkungen, die grundeigentümer- oder behördenverbindlich sind, jedoch nicht von der Gemeinde im Rahmen der baurechtlichen Grundordnung erlassen werden.	Vgl. Kapitel 5.	
Zonenplan Gewässer	Im Zonenplan Gewässer werden die Gewässerräume als flächige Überlagerung (Korridor) für das gesamte Ge- meindegebiet verbindlich festgelegt.	Vgl. Art. Art. 29 und Art. 30.	
Zonenplan Naturgefahren	Im Zonenplan Naturgefahren sind die bekannten Gefahrengebiete verbindlich eingetragen. Innerhalb des Projektperimeters werden Gefahrengebiete mit erheblicher, mittlerer und geringer Gefährdung festgelegt. Ausserhalb des Siedlungsgebiets werden die Gefahrengebiete mit nicht bestimmter Gefahrenstufe festgelegt.	Art. 6 BauG definiert die Gefahrengebiete mit erheblicher, mittlerer, geringer und nicht bestimmter Gefahrenstufe und deren Überbaubarkeit. Vgl. Art. Art. 35.	
Hinweise	Die Hinweise in der rechten Spalte des Baureglements dienen der Verständlichkeit, erläutern Begriffe und lie-		

ständig noch verbindlich.

Hinweise

Altes Baureglement / Hinweise

Übergeordnetes Recht

Baubewilligung

Das übergeordnete Recht geht vor und ist vorbehalten. Das Baureglement regelt nur, was nicht schon auf eidgenössischer und kantonaler Ebene geregelt ist. Auf wichtige Bestimmungen wird jeweils in der Hinweisspalte hingewiesen.

fern u.a. die notwendigen Hinweise auf andere Artikel, Erlasse oder Grundlagen. Die Hinweise sind weder voll-

Regelt das BR einen Sachverhalt nicht oder nur lückenhaft, gilt ersatzweise das dispositive öffentliche Recht des Kantons. Ausgenommen ist die Landwirtschaftszone, wo bewusst auf Bauvorschriften verzichtet wird und die Dimensionen im Einzelfall festgelegt werden.

Auch wenn das private Baurecht vom öffentlichen weitgehend verdrängt worden ist, bleibt es selbstständig
anwendbar. Unter Nachbarn sind insbesondere die zivilrechtlichen Bau- und Pflanzvorschriften von Bedeutung.
Diese Vorschriften bieten dem Grundeigentümer einen
Minimalschutz, der nur unter besonderen Voraussetzungen vom öffentlichen Recht verdrängt werden
kann, z.B. das Beseitigungsverbot von schattenwerfenden Bäumen aus Gründen des Landschaftsschutzes.

Das Baubewilligungsverfahren ist im übergeordneten Recht abschliessend geregelt. Im BR werden keine Vorschriften des übergeordneten Rechts wiederholt.

Ausnahmsweise sind auch Bauten und Anlagen, welche ohne Baubewilligung errichtet werden dürfen, der Baubewilligungspflicht unterworfen.

Die baubewilligungsfreie Baute bedarf gar einer Ausnahmebewilligung, wenn z.B. in einem Landschaftsschutzgebiet ein absolutes Bauverbot gilt.

Z.B. Art. 80 SG betreffend Strassenabstände; Art. 25 KWaG und Art. 34 KWaV betreffend Waldabstand.

Art. 16 a Abs. 1 und 2 RPG, Art. 34 ff. und Art. 39 ff. RPV; Art. 80 ff. BauG.

Vgl. Art. 684 ff. ZGB und Art. 79 EGzZGB.

Baubewilligungspflicht vgl. Art. 22 Abs. 1 RPG; Art. 1 Abs. 1 und 3 BauG; Art. 4 ff. BewD; Weisung «Baubewilligungsfreie Bauten und Anlagen nach Art. 1b BauG» (BSIG Nr.

7/725.1/1.1). Vgl. Art. 7 BewD.

Vgl. Art. 86 Abs. 3 BauG i.V. mit Art. 100 BauV.

Art, 1 Abs. 5

Art. 1 Abs. 4

	Normativer Inhalt	Hinweise	Altes Baureglement / Hinwelse
	Bauten und Anlagen, die erheblich von der baurechtlichen Grundordnung abweichen (besondere Bauten und Anlagen) oder wesentliche Auswirkungen auf die räumliche Ordnung und die Umwelt haben, bedürfen einer besonderen Grundlage in einer Überbauungsordnung.	Vgl. Art. 19 ff. BauG; Art. 19 ff. BauV.	
Besitzstandgarantie	Aufgrund bisherigen Rechts bewilligte Bauten und Anlagen, welche von einer Baubeschränkung betroffen und dadurch rechtswidrig werden, geniessen den Schutz der Besitzstandsgarantie. Diese ist im übergeordneten Recht geregelt: Aufgrund bisherigen Rechts bewilligte oder bewilligungsfreie Bauten und Anlagen dürfen unterhalten, zeitgemäss erneuert und – soweit dadurch ihre Rechtswidrigkeit nicht verstärkt wird – auch umgebaut oder erweitert werden. Vorbehalten bleibt eine abweichende Regelung auf Gemeindeebene.	Vgl. Art. 3 und 11 BauG.	
Qualitätssicherung	Das Baureglement regelt nicht alles. Es belässt genügend Spielraum um z.B. in der Bau- und Aussenraumgestaltung auf unterschiedliche Gegebenheiten einzugehen. Diese müssen jedoch sorgfältig analysiert werden. Das Baureglement bietet Erweiterungen des Gestaltungsspielraumes an; allerdings unter der Voraussetzung, dass die Siedlungs- und architektonische Qualität gewährleistet ist.	Vgl. Art. 20.	
	Wer baut, übernimmt Verantwortung gegenüber der Mitwelt. Die Bestimmungen des Baureglements sollen helfen, diese Verantwortung wahrzunehmen.		
Zuständigkeiten	Die Zuständigkeiten sind im übergeordneten Recht sowie im Organisationsreglement und der Organisationsverordnung der Gemeinde Meinisberg geregelt.	Vgl. Art. 66 BauG, GO und VO.	
		* 1,	

Hinweise

Altes Baureglement / Hinweise

1 Geltungsbereich

Art. 1

Geltungsbereich sachlich

Das Baureglement umfasst kommunales Bau-, Planungsund Umweltrecht.

Überbauungsordnungen oder andere besondere Nutzungsvorschriften gehen dem Baureglement vor.

Die Verschriften des Baureglements können durch private Vereinbarungen nur geändert oder aufgehoben werden, wenn eine solche Möglichkeit ausdrücklich vorgesehen ist.

Umweltrecht umfasst insbesondere Natur-, Landschafts-, Ortsbild- und Denkmalschutz. Weiteres Umweltrecht findet sich auch im Ortspolizeireglement, weiteres Bau- und Planungsrecht in Überbauungsordnungen (Übersicht Art. 12).

Art. 1

Art. 2

Geltungsbereich räumlich

Ausgleich von

Planungsvorteilen

Das Baureglement gilt für das ganze Gemeindegebiet.

Art. 3

Der Ausgleich von Planungsvorteilen richtet sich nach Art. 142 ff. BauG.

Erwächst einem Grundeigentümer durch eine Planungsmassnahme ein zusätzlicher, wesentlicher Vorteil, nimmt die Gemeinde vor Erlass der Massnahme mit dem Grundeigentümer Verhandlungen auf, um diesen zu verpflichten, einen angemessenen Anteil des Planungsmehrwerts für bestimmte öffentliche Zwecke zur Verfügung zu stellen. Art. 1 Abs. 2

Art. 46

Hinweise

Altes Baureglement / Hinweise

2 Nutzungszonen

Nach dem Aufbau des Musterbaureglements beinhaltet Art. 4 keine Gestaltungsvorgaben mehr. Schutz- und andere sensible Ortsgebiete müssen deshalb zwingend mit einem entsprechenden Gestaltungsperimeter überlagert werden (Art. 24).

2.1 Wohn- und Mischzonen

Art. 4

Art der Nutzung

Für die einzelnen Bauzonen gelten die folgenden Nutzungsarten und Lärmempfindlichkeitsstufen:

Zone	Abk.	Nutzungsart	ES	ES = Lärmempfindlichkeitsstufe (vgl. Art. 43 LSV)
Wohnzonen	Wa, Wb	Wohnzonen a (Wa) und b (Wb) Wohnen ¹⁾ stilles Gewerbe	II	Stilles Gewerbe wie z.B. Büros, Arztpraxen, Coiffeurbetriebe ode Künstlerateliers wirken in der Regel weder durch ihren Betrieb noch durch den verursachten Verkehr störend (S. Art. 90 Abs. 1 BauV).
	y = +	 Wohnzone b (Wb) Wohnhäuser in verdichteter Bauweise Freistehende Einfamilienhäuser sind nicht zugelassen 		
Dorfzonen	D	 Wohnen¹) stille bis mässig störende Gewerbe Gastgewerbe Dienstleistungen Detailhandelseinrichtungen bis 1000 m² Geschossfläche Landwirtschaftsbetriebe und Kleinbetriebe 	III	Mässig störende Gewerbe wie z.B. Verkaufsläden, Dienstleistungsbetriebe, sowie emissionsarme Werkstätten und Produktionsbetriebe dürfen das gesunde Wohnen nicht wesentlich beeinträchtigen. Detailhandelseinrichtungen ausserhalb von Geschäftsgebieten mit einer Geschossfläche von über 1'000 m² bedürfen einer Überbauungsordnung (Art. 20 Abs. 3 BauG). Vgl. Art. 28 BMBV

¹⁾ Dem Wohnen gleichgestellt sind Gemeinschaftsräume, Kindergärten und Kindertagesstätten sowie ähnliche Nutzungen.

Art. 2-4

Normativer Inhalt Hinweise Altes Baureglement / Hinweise Art. 5 Mass der Nutzung Für die einzelnen Bauzonen gelten die folgenden Vorbehalten bleiben die Gestaltungsfreiheit gemäss Art. 75 Art. 2-4 BauG sowie der Gestaltungsspielraum Art. 20. baupolizeilichen Masse: Bei der Beanspruchung von Kulturland sind auch die Vorgaben zur hohen Nutzungsdichte aus Art. 11c BauV zu berücksichtigen. Fh gi kΑ gA GL Fh tr kA = kleiner Grenzabstand Vgl. Anhang 1 Art. A4. Zone Abk. (m) (m) (m) (m) (m) gA = grosser Grenzabstand Vgl. Anhang 1 Art. A5. Wohnzone Wa, Wb 4,01) 8,01) 25,0 7,5 11.0 = Gebäudelänge Vgl. Anhang 1 Art. A1 GL Fh tr = GH + 0.5 msowie Art. 12 BMBV Dorfzone²⁾ 4,01) 8,01) 12,0 35,0 8,5 2 = Fassadenhöhe (vgl. Art. 15 BMBV) Fh gi = FH = Fassadenhöhe traufseitig (gilt auch für Flachdachbauten inkl. Brüstung) = Fassadenhöhe giebelseitig Fh gi = Vollgeschosse (vgl. Art. 18 BMBV) 1) Für Gebäude von über 15,0 m Länge erhöht sich der Grenzab-Art. 2 & 4 stand auf den Längsseiten um 1/10 der Mehrlänge, für Gebäude von über 12,0 m Breite erhöht sich der Grenzabstand auf den Schmalseiten um 1/4 der Mehrbreite. 2) Für reine Wohnbauten gelten die baupolizeilichen Masse der Art. 4 Abs. 5 Wohnzone. Weitere Masse Zudem gelten die folgenden Masse: a) vorspringende zulässige Tiefe max. 2,0 m Vgl. Anhang Art. 10 BMBV (gilt sowohl für den Gebäude- als NEU, bzw. Anhang 2 Gebäudeteile zulässiger Anteil des entsprechenden Fassadenauch den Grenzabstand) abschnitts max. 40% Art. 79b EGzZGB vorspringende Bauteile bleibt vorbehalten. Vordächer: zulässige Ausladung 2,50 m Vorspringende Gebäudeteile dürfen höchstens 1.5 m in den Grenzabstand hineinragen. b) rückspringende zulässige Tiefe max. 2,0 m Vgl. Art. 11 BMBV NEU Gebäudeteile zulässiger Anteil des entsprechenden Fassadenabschnitts max. 40%

	Normativer Inhalt	Hinweise	Altes Baureglement /
			Hinweise
c) eingeschossige Gebäudeteile	 Grenzabstand (A) min. 3,0 m anrechenbare Gebäudefläche (aGbF) max. 60 m² traufseitige Fassadenhöhe (Fh tr) max. 4,0 m giebelseitige Fassadenhöhe (Fh gi) max. 5,0 m 	Eingeschossige Gebäudeteile sind bewohnt. anrechenbare Gebäudefläche (vgl. Art. 30 Abs. 2 BMBV). Eingeschossigen Gebäudeteile werden an die Gebäudelänge angerechnet (vgl. Anhang 1 Art. A1).	Art. 18 = bew. Anbauten Fh tr & gi harmonisiert
d) kleinere Gebäude	 Grenzabstand (A) min. 3,0 m anrechenbare Gebäudefläche (aGbF) max. 60 m² traufseitige Fassadenhöhe (Fh tr) max. 4,0 m giebelseitige Fassadenhöhe (Fh gi) max. 5,0 m 	Kleinere Gebäude sind bewohnt. anrechenbare Gebäudefläche (vgl. Art. 30 Abs. 2 BMBV).	Art. 18 = bew. Nebenbauten Fh tr & gi harmonisiert
e) Kleinbauten	 Grenzabstand (A) min. 2,0 m anrechenbare Gebäudefläche (aGbF) max. 60 m² traufseitige Fassadenhöhe (Fh tr) max. 4,0 m giebelseitige Fassadenhöhe (Fh gi) max. 5,0 m 	Vgl. Art. 3 BMBV Kleinbauten sind Garagen, Geräteschuppen, Garten- und Gewächshäuser und dergleichen. anrechenbare Gebäudefläche (vgl. Art. 30 Abs. 2 BMBV).	Art. 18 Fh tr & gi harmonisiert
f) Anbauten	 Grenzabstand (A) min. 2,0 m anrechenbare Gebäudefläche (aGbF) max. 60 m² traufseitige Fassadenhöhe (FH tr) max. 4,0 m giebelseitige Fassadenhöhe (Fh gi) max. 5,0 m 	Vgl. Art. 4 BMBV anrechenbare Gebäudefläche (vgl. Art. 30 Abs. 2 BMBV). Anbauten werden an die Gebäudelänge angerechnet (vgl. Anhang 1 Art. A1).	Art. 18 Fh tr & gi harmonisiert
g) Unterirdische Bauten	 Grenzabstand (A): min. 1,0 m 	Vgl. Art. 5 BMBV	Art. 19
h) Unterniveaubauten	 über massgebendem Terrain zulässig max. 1,2 m Grenzabstand (A): min. 1,0 m 	Vgl. Art. 6. BMBV	NEU, bzw. Art. 19
j) Tiefbauten	Schwimmbecken, Schwimmteiche, Feuchtbiotope und dergleichen haben gegenüber nachbarlichem Grund in allen Zonen einen Abstand von mindestens 1,0 m zu wahren.		Art. 19 Abs. 3 und 4
k) Wärmepumpen	 Fusswege, Hauszufahrten, Parkplätze und dgl., können an der Grundstückgrenze erstellt werden. Grenzabstand (A): min. 3,0 m 		NEU

		* .
	Einwohnergemeinde Meinisberg • Baureglement (BR)	
	Normativer Inhalt	Hinweise
Staffelung	 Für gestaffelte Gebäude gelten folgende Masse: in der Höhe: min. 1,5 m in der Situation: min. 3,0 m 	
Mehrhöhe bei Bauten am Hang	Bei Bauten am Hang ist mit Ausnahme der Hangseite allseitig eine Mehrhöhe von 1,00 m gestattet. Als Hang gilt eine Neigung des massgebenden Terrains, die in der Falllinie gemessen innerhalb des Gebäu- degrundrisses wenigstens 10 % beträgt.	
Gestaltungsfreiheit	Vorbehalten bleiben die Gestaltungsfreiheit nach den Bestimmungen des Baugesetzes sowie die Vorschrif- ten zu den Überbauungsordnungen und über die Ortsbildschutzgebiete.	Vgl. Art. 75 BauG.

a) . Untergeschoss

Geschosse

zulässige Kniestockhöhe max. 1,80 m, in Ortsbildschutzgebieten max. 1,50 m

Es gelten die folgenden Masse für Geschosse:

1. Vollgeschosses darf im Mittel max. 1,50 m über

Die Oberkante des fertigen Bodens des

die Fassadenlinie herausragen.

Abgrabungen für Hauseingänge und Garageneinfahrten, welche sich auf eine Fassadenseite und auf eine Breite von insgesamt nicht mehr als 5,0 m beschränken, werden nicht an die Höhenberechnung angerechnet.

Definition Vollgeschosse vgl. Art. 18 BMBV

Vgl. Art. 19 BMBV und Anhang Figur 5.2. Untergeschosse können höchstens bis zum zulässigen Mass für vorspringende Gebäudeteile über die Fassadenlinie hinausragen. Überschreiten sie dieses Mass, handelt es sich um Unterniveaubauten oder um unterirdische Bauten.

Gemäss BMBV: Erdgeschoss = neu 1. Vollgeschoss

Vgl. Art. 16 und 20 BMBV

Ortbildschutzgebiete vgl. Art. 24

Altes Baureglement / Hinweise

Anhang 2

Anhang 2

BMBV: gewachsener Boden = massgebendes Terrain

NEU

rain

Anhang 2 Anhang 2 Bisher Bezug zum fertigen Terrain, neu zum massgebenden Ter-

Bisher Kniewandhöhe Kniestockhöhe = KW-Höhe + 30cm = 1,8m

b) Dachgeschoss

Abgrabungen

	Elimonnergemeinde Meinisberg • Baureglement (BR)		. 15
	Normativer Inhalt	Hinweise	Altes Baureglement / Hinweise
Gebäudeabstände	Durch Näherbaurecht kann der Gebäudeabstand für Gebäude bis auf 6,0 m, für eingeschossige Gebäudeteile und Kleinere Gebäude bis auf 4,0 m und für Anund Kleinbauten bis auf 2,0 m verkürzt werden.	Vgl. auch Art. A6	Art. 21 Abs. 2
Bauabstände von Strassen und Wegen	 Es sind folgende Bauabstände einzuhalten: von Kantonsstrassen mind. 5,0 m von Gemeindestrassen mind. 3,6 m von Fusswegen und selbständigen Radwegen mind. 2,0 m Für bewilligungsfreie Bauten und Anlagen gilt ein Strassenabstand von 2,0 m. 	Grundsätzlich gelten die Bauabstände von öffentlichen Strassen nach Art. 80 SG. Die zusätzliche Abstandsvorschrift gegenüber den Anlagen der Basiserschliessung erfolgt aus Gründen der Verkehrssicherheit und der Ortsbildpflege.	Art. 22
Garagen	Der Vorplatz von Einstellgaragen muss bei rechtwinkliger Ausfahrt zur Strasse, von der Grenze des öffentlichen Verkehrsraums aus gemessen, eine Tiefe von mindestens 5,0 m aufweisen.		Art. 22
Grenzabstand für bau- bewilligungsfreie Bauten und Anlagen	Der allseitige Grenzabstand für bewilligungsfreie Bauten und Anlagen beträgt in allen Zonen 2,0 m.	Bewilligungsfrei sind Bauten und Anlagen gemäss Art. 5 BewE	Art. 20, gestrichen.

Zonen für öffentliche Nutzungen (ZöN)

			1
Norma	tiver Inhalt	Hinweise	Altes Baureglement /
	_ # #		Hinweise
	-		*
2.2	Zonen für öffentliche Nutzung	en sowie für Sport- und Freizeitanlagen	
Art. 6			
¹ In d	en einzelnen Zonen für öffentliche N die folgenden Bestimmungen:	immungen der Bau- und Aussenraumgestaltung gemäss Art. 1.	est- Art. 5 3 ff.
Zon	en für öffentliche Nutzungen sind fü	ES = Lärmempfindlichkeitsstufe (vgl. Art. 43 LSV),	
	r im öffentlichen Interesse liegende		
Anla	agen bestimmt.		
Abk.	Zweckbestimmung	Grundzüge der Überbauung und Gestaltung	ES
ZöN A	mit Aussenanlagen, Pausenplatz, Kindergarten, Gemeindeverwaltung, Wehrdienste, Werkhof, Zivilschutz, Alterswohnungen, Dorfplatz, öffentli-	Für grössere Erweiterungen ist ein Architekturwettbewerb durchzuführen. Es gelten die folgenden baupolizeilichen Masse: • Min. Grenzabstand: 5,0 m, für Gebäude von über 30,0 m Länge erhöht sich der Grenzabstand auf den Längsseiten um 1/10 der Mehrlänge, für Gebäude von über 12,0 m Breite erhöht sich der Grenzabstand auf den	Art. 5 Abs. 4 Masse gemäss aktueller
	che Parkierung	Schmalseiten um ¼ der Mehrbreite. GL: 70,0 m Fh tr: 12,0 m Fh gi: 16,0 m	Wettbewerb
ZöN B	Mehrzweckhalle, Sportplatz, Multi- sammelstelle, öffentliche Parkierung	Es gelten die folgenden baupolizeilichen Masse: • Min. Grenzabstand: 5,0 m • GL: 30 m • Fh tr: 9,0 m • Fh gi: 12,0 m	II
ZöN C	Kirchgemeindehaus	 Klein- und Anbauten gemäss Art. 5 sind zulässig. Es gelten die folgenden baupolizeilichen Masse: Min. Grenzabstand: 3,0 m 	II .
×		• GL: 40 m • Fh tr: 7,5 m • Fh gi: 11,0 m	
ŻöN D	Schützenhaus, 300m Schiessstand	 mehrheitlich bestehend Eingeschossige Gebäudeteile und Anbauten gemäss Art. 5 sind zulässig 	III .
ZöN E	Freizeitanlage	Parkanlage mit Ruhebänken und Feuerstellen keine Hochbauten	II
	*	• Kellie Hochipatrell	

Zonen für Sport- und Freizeitanlagen (ZSF)

Norma	tiver Inhalt			Hinweise		Altes Baureglement /
	•			* - 4	and the second	Hinweise
***					·	
bk.	Zweckbestin		Grundzüge der Üb	erbauung und Gestaltung	. 1	S
öN G	Schiessplatz Perkussions	für Kleinkaliber- und vaffen	bestehendEingeschossige	e Gebäudeteile und Anbauten gemäss A		11
		r öffentliche Nutzunge Grenzabstände:	n D, E, F und G			Art. 5 Abs. 3 und 4
		stand gegenüber ande traufseitigen Fassade 5,0 m.			* **	
,		eitige Fassade eines C rhöht sich der Grenzal e.				
rt. 7	. *		* (* 9	
den	einzelnen Zoi e folgenden Be	nen für Sport- und Frei estimmungen:		ZSF sind Zonen gemäss Art. 78 BauG. Im immungen der Bau- und Aussenraumgest ES = Lärmempfindlichkeitsstufe (vgl. Art. aGF = anrechenbare Gebäudefläche	altung gemäss Art. 13	st- Art. 6 - 13 ff.
den n die	einzelnen Zoi e folgenden Be Sektor	nen für Sport- und Frei estimmungen: Grundzüge der Überbau		immungen der Bau- und Aussenraumgest ES = Lärmempfindlichkeitsstufe (vgl. Art.	altung gemäss Art. 13 43 LSV)	st- Art. 6 - 13 ff.
den n die k.	folgenden Be	Grundzüge der Überbau Die Zone für Sport und I ist in Sektoren aufgeteil folgenden baupolizeilich	ung und Gestaltung Freizeitanlagen 1 um t, in denen die nachf en Vorschriften zur /	immungen der Bau- und Aussenraumgest ES = Lärmempfindlichkeitsstufe (vgl. Art.	ealtung gemäss Art. 13 43 LSV) Egplatzes. Die Zone en sind und die Bauten und Anla-	ff.
den n die k. F1	Sektor A:	Grundzüge der Überbau Die Zone für Sport und I ist in Sektoren aufgeteil folgenden baupolizeilich gen sind durch geeignet Zugelassene Nutzungen Wohnwagen und mobile Zudem ist die Erstellung der sektorkonformen Nu	ung und Gestaltung Freizeitanlagen 1 um t, in denen die nachf ien Vorschriften zur / e landschaftspfleger : Camping (Residenz in Wohnheimen. g von Kleinbauten im	immungen der Bau- und Aussenraumgest ES = Lärmempfindlichkeitsstufe (vgl. Art. aGF = anrechenbare Gebäudefläche fasst das Areal des bestehenden Camping olgend aufgeführten Nutzungen zugelasse Anwendung gelangen (vgl. Anhang 2). Die rische Massnahmen in die Landschaft einzund Passantenplätze). Erlaubt ist das Au-Ausmass von insgesamt 120 m² zugelasse	gplatzes. Die Zone en sind und die Bauten und Anlazugliedern. Ifstellen von Zelten, sen, sofern diese	ff.
den n die k. F1	Sektor A:	Grundzüge der Überbau Die Zone für Sport und I ist in Sektoren aufgeteil folgenden baupolizeilich gen sind durch geeignet Zugelassene Nutzungen Wohnwagen und mobile Zudem ist die Erstellung der sektorkonformen Nt Der Teilsektor A1 ist der Im Teilsektor A2 sind ma derjahr am gleichen Ort	ung und Gestaltung Freizeitanlagen 1 um t, in denen die nachf ten Vorschriften zur / e landschaftspfleger : Camping (Residenz n Wohnheimen. t von Kleinbauten im utzung dienen. m Aufstellen von Zelt ax. 80 Standplätze fü stehen, zugelassen	immungen der Bau- und Aussenraumgest ES = Lärmempfindlichkeitsstufe (vgl. Art. aGF = anrechenbare Gebäudefläche flasst das Areal des bestehenden Camping olgend aufgeführten Nutzungen zugelasse Anwendung gelangen (vgl. Anhang 2). Die rische Massnahmen in die Landschaft einze- und Passantenplätze). Erlaubt ist das Au Ausmass von insgesamt 120 m² zugelassen und Wohnwagen vorbehalten (Passanter mobile Wohnheime, die länger als drei MicResidenzplätze).	gplatzes. Die Zone en sind und die Bauten und Anlazugliedern. Ifstellen von Zelten, sen, sofern diese enplätze).	ff. ES II Art. 6 & 11
den en die ok. SF 1	Sektor A:	Grundzüge der Überbau Die Zone für Sport und I ist in Sektoren aufgeteil folgenden baupolizeilich gen sind durch geeignet Zugelassene Nutzungen Wohnwagen und mobile Zudem ist die Erstellung der sektorkonformen Nu Der Teilsektor A1 ist der Im Teilsektor A2 sind ma	ung und Gestaltung Freizeitanlagen 1 um t, in denen die nachf ten Vorschriften zur / e landschaftspfleger : Camping (Residenz n Wohnheimen. t von Kleinbauten im utzung dienen. m Aufstellen von Zelt ax. 80 Standplätze fü stehen, zugelassen	immungen der Bau- und Aussenraumgest ES = Lärmempfindlichkeitsstufe (vgl. Art. aGF = anrechenbare Gebäudefläche flasst das Areal des bestehenden Camping olgend aufgeführten Nutzungen zugelasse Anwendung gelangen (vgl. Anhang 2). Die rische Massnahmen in die Landschaft einze- und Passantenplätze). Erlaubt ist das Au Ausmass von insgesamt 120 m² zugelassen und Wohnwagen vorbehalten (Passanter mobile Wohnheime, die länger als drei MicResidenzplätze).	gplatzes. Die Zone en sind und die Bauten und Anlazugliedern. Ifstellen von Zelten, sen, sofern diese enplätze).	ff. ES II Art. 6 & 11

mativer Inhalt	Hinweise		Altes Baureglement / Hinweise
Sektor	Grundzüge der Überbauung und Gestaltung	ES	
	Fh gi: 4,5 m		
	aGbF: 60 m ²		
	Der Gebäudeabstand für mobile Wohnheime kann bis auf 1,0 m reduziert werden, wenn die Struktur der Gesamtanlage nicht beeinträchtigt wird und genügend Durchsichten freigehalten werden.		
Sektor B: Freibad und Liegewiese	Zugelassene Nutzungen: Freibad, Liegewiese, Sport- und Freizeitanlagen. Zudem ist die Erstellung von Kleinbauten im Ausmass von insgesamt 120 m² zugelassen, sofern diese der sektorkonformen Nutzung dienen.	III	Fh tr = GH + 0.5 m
	Es gelten die folgenden baupolizeilichen Masse:		
	kA: 2,0 m		
	gA: 2,0 m		
100	Fh tr: 3,5 m		
	Fh gi: 4,5 m		
	aGbF: 60 m ²		
Sektor C: Wohnen, Restaurant und Verwal-	Zugelassen sind betriebsnotwendige Arbeits- und Aufenthaltsräume für Verwaltung und Restauration, Räume für Bewirtung und Verkauf, Umkleideräume und sanitäre Anlagen für Camping- und Badegäste sowie Wohnräume für die betriebsleitenden Familien inklusive Altenteil und für das im Betrieb mitarbeitende Personal.	III ·	Fh tr = GH + 0.5 m
tung	Es gelten die folgenden baupolizeilichen Masse:		
	kA: 4,0 m		
	gA: 8,0 m		
•	GL: 30,0 m		
	Fh tr: 7,5 m	*	
	Fh gi: 11,5 m	•	
	VG: 2		
Sektor D: Verkehr und Abstellplätze	Zugelassene Nutzung: Verkehrsflächen, Auto- und Veloabstellplätze, Abfallentsorgung. Zugelassen sind je max. 158 Abstellplätze für Motorfahrzeuge und Zweiräder. Zudem ist die Erstellung von Kleinbauten im Ausmass von insgesamt 120 m² zugelassen, sofern diese der sektorkonformen Nutzung dienen.	III	Fh tr = GH + 0.5 m
	Im Teilsektor D1 sind zugelassen: Autoabstellplätze. Die Erstellung von Hochbauten ist verboten. Im Teilsektor D2 sind zugelassen: Auto- und teilweise überdachte Veloabstellplätze, Containerunterstand.		

101111	ativer Inhalt	Hinweise		Altes Baureglement /
				Hinweise
lbk.	Sektor	Grundzüge der Überbauung und Gestaltung	ES	
		Es gelten die folgenden baupolizeilichen Masse:	ES	
		kA: 2,0 m		
		gA: 2,0 m		
		Fh tr: 3,5 m		
		Fh gi: 4,5 m		
		aGbF: 60 m ²		
SF 2		Die Zone für Sport- und Freizeitanlagen 2 ist für die nicht-gewerbsmässige Tierhaltung vorgesehen.		
		Zugerassen sind Air- und Niembauten, sowie bewilligungsfreie Rauten und Anlagen	111	Art. 12
		ble Massivbauweise ist nicht zugelassen.		
		Es gelten die folgenden baupolizeilichen Masse:		Fh tr = GH + 0.5 m
×.	*	kA: 3,0 m		
		gA: 3,0 m		
		GL: 8,0 m		
	٠.	Fh tr: 3,5 m		
		Fh gi: 4,5 m	,	
		aGF: 60 m ²		
	1.2			
F3		Die Zone für Sport- und Freizeitanlagen 3 ist für Bauten und Anlagen im Zusammenhang mit der Pferde-	III	Art, 13
	*	natang and dem Neitbetheb bestimm.		7111. 10
		Zugelassen sind Reithalle, Stallungen, Kleinere Gebäude, Kleinbauten, Nebenanlagen, Aussenreitplätze mit zugehörigen Installationen sowie ein Clublokal.		Fh tr = $GH + 0.5 \text{ m}$
		Im schraffierten Bereich dürfen keine Hochbauten errichtet werden. Zugelassen sind ungedeckte Reit-		
	*	platze mit Einzauhung sowie zugenorige Einrichtungen wie Tribünen und Releuchtungen lagen	- 1	
	1/2/	ruf Nebenbauten gelten die folgenden baupolizeilichen Masse:		
		kA: 5,0 m		
		GL: 50,0 m		
		Fh tr: 8,5 m		
	•	Fh gi: 12,0 m		
	×.	VG: max. 2		

*	Einwohnergemeinde Meinisberg • Baureglement (BR)		20
	Normativer Inhalt	Hinweise	Altes Baureglement / Hinweise
	2.3 Weitere Nutzungszonen im Baugebiet		
	Art. 8		
Bauernhofzone (BH)	In der Bauernhofzone gelten die eidgenössischen und kantonalen Vorschriften über die Landwirt- schaftszone.	Die Bauernhofzone dient der Erhaltung von bestehenden Landwirtschaftsbetrieben im Baugebiet. Sie ist den Vorschrif- ten über die Landwirtschaftszone unterstellt.	Art. 14
. *	Landwirtschaftliche Bauten und Anlagen richten sich die baupolizeilichen Masse nach den Vorschriften der Dorfzone.		
	In der Bauernhofzone gelten die folgenden baupoli- zeilichen Masse:		
1 A	kA gA GL Fh tr Fh gi VG ES (m) (m) (m) (m)		Fh tr = GH + 0.5 m
t 10	5,0 10,0 35,0 8,5 12,0 2 III		
	Für reine Wohnbauten gelten die baupolizeilichen Masse der Wohnzone.	Vgl. Art. 4	
	2.4 Nutzungszonen im Nichtbaugebiet		
	Art. 9		
Landwirtschaftszone (LWZ)	In der Landwirtschaftszone richten sich die Nutzung und das Bauen nach den Vorschriften des eidge- nössischen und des kantonalen Rechts.	Vgl. Art. 16 ff., 24 ff. und 37a RPG; Art. 34 ff. und 39 ff. RPV; Art. 80 BauG. Für die Landwirtschaftszone gelten keine baupolizeilichen Masse. Die Gebäudemasse werden im Einzelfall entsprechend den Bedürfnissen aufgrund der einschlägigen Normen der Forschungsanstalt Tänikon (sog. FAT-Normen) im Baubewilligungsverfahren festgelegt.	Art. 15
	2 Es gelten die Vorschriften der ES III.	ES = Lärmempfindlichkeitsstufe (vgl. Art. 43 LSV)	

Hinweise

Altes Baureglement / Hinweise

3 Besondere baurechtliche Ordnungen

3.1 Zonen mit Planungspflicht (ZPP)

Zonen mit Planungspflicht bezwecken die ganzheitliche, haushälterische und qualitativ anspruchsvolle wirtschaftliche und bauliche Entwicklung wichtiger unüberbauter, unternutzter oder umzunutzender Areale.

Gemäss Art. 93 BauG setzt das Bauen in einer Zone mit Planungspflicht eine rechtskräftige Überbauungsordnung voraus; diese wird durch den Gemeinderat erlassen. Die Befreiung von der Planungspflicht richtet sich nach Art. 93 Abs. 1 und 2 BauG.

Es stehen drei Wege zur Befreiung von der Planungspflicht offen:

- vor Erlass der Überbauungsordnung die Bewilligung eines einzelnen Vorhabens,
- · das Ergebnis eines Projektwettbewerbs, oder
- mit Zustimmung des AGR ein Gesamtvorhaben, welches das Planungsziel in der ganzen ZPP erfüllt.

Art. 24

Art. 10

ZPP "Hertenholz"

Für die Zone mit Planungspflicht ZPP "Hertenholz" gelten die folgenden Bestimmungen:

Planungszweck

² Erweiterung der in der Zone ansässigen Betriebe.

Art der Nutzung

Zugelassen sind Gewerbe-, Dienstleistungs- und Industriebauten sowie Wohnungen für das betriebsnotwendig an den Standort gebundene Personal.

Mass der Nutzung

- Min. Grenzabstand: 6,0 m, gegenüber Zonen mit Wohnnutzung mind. 10,0 m
 - Fassadenhöhe traufseitig Fh tr: nordseitig 8,5 m, südseitig 12,5 m.
 - Gebäudelänge GL: 60,0 m
 - · Gebäudetiefe GT: 35,0 m

Art. 25

Fh tr = GH + 0.5 m

	Normativer Inhalt	Hinweise
Gestaltungsgrundsätze	30% der Grundstückfläche sind als Naturwiesen oder Hecken zu begrünen und zu unterhalten. Diese Flächen dienen der Integration der Bauten und Anlagen in das Orts- und Landschaftsbild und sollen einen guten Übergang zur angrenzenden Landwirtschaftszone schaffen. Sie dürfen nicht als Park- und Lagerplätze verwendet werden.	
Lärmempfindlichkeits-	6 ES IV	Vgl. Art. 43 LSV.
stufe		
ZPP "Mühle"	 Art. 11 Für die Zone mit Planungspflicht ZPP "Mühle" gelten die folgenden Bestimmungen: 	
Planungszweck	Umnutzung der geschützten Mühle zu Wohnzwecken und Gestaltung einer ergänzenden Wohnüberbauung.	
Art der Nutzung	 Die Nutzung richtet sich nach den Bestimmungen der der Wohnzone a (Wa). Die bestehende Mühle (ohne Stall- und Scheunen- trakt) darf zu Wohnzwecken umgenutzt werden. 	Vgl. Art. 4
Mass der Nutzung	 4 • kA = 4,0 m • gA = 8,0 m • GL = 25,0 m • Fh tr = 7,5 m • Fh gi = 11,0 m • VG: 2 	Vgl. Art. 5
Gestaltungsgrundsätze	 Der Schutz der Mühle und des "Mühleweihers" sowie die Freihaltung der unmittelbaren Umgebung sind zu gewährleisten. Bei der Ausarbeitung der Überbauungsordnung ist die kantonale Denkmalpflege beizuziehen. 	
Lärmempfindlichkeits- stufe	6 ES II	Vgl. Art. 43 LSV.

Altes Baureglement / Hinweise

Art. 26

Überbauungsordnung Hertenholz (ZPP Nr. 4)

Uferschutzplan SFG

Zonen mit besonderen baurechtlichen Ordnungen

Normativer Inhalt Hinweise 3.2 Bestehende besondere baurechtliche Ordnungen Art. 12 Die folgenden baurechtlichen Ordnungen bleiben rechtskräftig: BeP = Bebauungsplan (altrechtlich) Art. 27	Baureglement , ise
Art. 12 Die felgenden beweret Weben Onlesse Hall	
Die folgenden bewerktlichen Outen auf 11.11	
Die folgenden bewerelt lieben Outer auf der	
BLP = Baulinienplan (altrechtlich)	
GeP = Gestaltungsplan (altrechtlich)	
SBV = Sonderbauvorschriften (altrechtlich)	
UeO = Überbauungsordnung USP = Uferschutzplan	
USP = Uferschutzplan ES = Lärmempfindlichkeitsstufe (Art. 43 LSV)	
Bezeichnung Abk. Datum Genehmigung Datum Änderungen ES	
Überbauungsplan mit Sonderbauvorschriften Industriezone Moos UeP, SBV 04.06.1980 17.09.2001, III 14.09.2004, 18.03.2021	
Überbauungsplan mit Sonderbauvorschriften Riedmatten-Unter Allmend UeP, SBV 05.04.1988	
Uferschutzplan Riedmatten-Unter Allmend USP 10.08.1988 13.08.1996 II	
Überbauungsordnung Mühle (ZPP Nr. 5) UeO 23.12.1994 25.11.1996, II 01.11.2000, 15.12.2004	

29.06.1995

13.08.1996

IV

UeQ *

USP

Hinweise

Altes Baureglement / Hinweise

4 Qualität des Bauens und Nutzens

4.1 Bau- und Aussenraumgestaltung

Art. 13

Gestaltungsgrundsatz

Bauten und Anlagen sind so zu gestalten, dass zusammen mit ihrer Umgebung eine gute Gesamtwirkung entsteht.

Dieser allgemeine Baugestaltungsgrundsatz sowie die allgemein gehaltenen Gestaltungsregelungen (Art. 14 – Art. 18) ersetzen detailliertere Regelungen, z.B. im Bereich der Fassaden- und Dachgestaltung. Dies setzt voraus, dass sowohl die Projektverfassenden wie auch die Baubewilligungsbehörden das Umfeld des Bauvorhabens analysieren und den ihnen durch die offene Formulierung gegebenen Spielraum verantwortungsbewusst interpretieren. Dazu dienen die Kriterien in Abs. 2, die notwendigen Unterlagen zur Beurteilung der Gesamtwirkung sowie ggf. Massnahmen zur Qualitätssicherung gemäss Art. 21 ff.

Art. 28 Abs. 1

Beurteilungskriterien

- Bei der Beurteilung der guten Gesamtwirkung sind insbesondere zu berücksichtigen:
 - a. die prägenden Elemente und Merkmale des Strassen-, Orts- und Landschaftsbildes,
 - b. die bestehende und bei Vorliegen einer entsprechenden Planung auch die beabsichtigte Gestaltung der benachbarten Bebauung,
 - c. Standort, Stellung, Form, Proportionen und Dimensionen der Bauten und Anlagen.
 - d. die Fassaden- und Dachgestaltung sowie die Materialisierung und Farbgebung,
 - e. die Gestaltung der Aussenräume, insbesondere des Vorlandes und der Begrenzungen gegen den öffentlichen Raum.
 - f. die Gestaltung und Einordnung der Erschliessungsanlagen, Abstellplätze und Eingänge,
 - g. allfällige von der Gemeinde für bestimmte Gebiete oder bestimmte Sachbereiche erarbeitete Gestal-

Mit der Baueingabe sind alle Unterlagen einzureichen, die eine vollständige Beurteilung des Projektes und der Gesamtwirkung erlauben. Dazu gehören im Falle von Neu-, An- und Umbauten, welche für das Landschafts-, Stadt- oder Strassenbild relevant sind, die Darstellung der Nachbarbauten, z.B. in Situations-, Erdgeschoss- und Fassadenplänen, Modellen, 3D-Darstellungen oder Fotomontagen (s. auch Art. 15 ff. BewD).

Vgl. auch Art. 14.

Vgl. auch Art. 15 und Art. 16.

Vgl. auch Art. 17.

Art. 28 Abs. 2

Bauweise, Stellung der Bauten

Fassadengestaltung

Dachgestaltung

				- 20
	Normativer Inhalt	Hinweise	Altes Baureglement / Hinweise	
	tungskonzepte,h. die Aspekte der Sicherheit, insbesondere für Kinder, alte und behinderte Menschen.			
	Art. 14			
120	Soweit nichts anderes bestimmt ist, gilt die offene Bauweise; d.h. die Bauten haben allseitig die vorgeschriebenen Grenz- und Gebäudeabstände einzuhalten.		NEU	
**	Der Zusammenbau von Gebäuden ist innerhalb der zulässigen Gebäudelänge gestattet.	Vgl. Art. 5 und Anhang 1 Art. A2		•
٠	Die Stellung der Bauten hat sich nach den ortsüblichen oder vorherrschenden Merkmalen zu richten, welche das Strassen-, Quartier- oder Ortsbild prägen:	Im weitgehend unüberbauten Gebiet sind es die «ortsüblichen», im weitgehend überbauten Gebiet die «vorherrschenden» Merk- male, welche das Orts-, Quartier- oder Strassenbild positiv prä-		
	 Längs Strassen sind Bauten parallel oder rechtwinklig zur Strasse zu stellen. An Hängen sind Bauten parallel oder rechtwinklig zur Falllinie des Hanges zu stellen. 	gen. Vorbehalten bleibt die Gewährung eines grösseren Gestaltungs- spielraumes gemäss Art. 20.	Art. 29	
	Art. 15			
	Die Fassadengestaltung hat sich nach den ortsüblichen oder vorherrschenden Merkmalen zu richten, welche das Strassen-, Quartier- oder Ortsbild prägen.	Im weitgehend unüberbauten Gebiet sind es die «ortsüblichen», im weitgehend überbauten Gebiet die «vorherrschenden» Merkmale, welche das Orts-, Quartier- oder Strassenbild positiv prägen. Vorbehalten bleibt die Gewährung eines grösseren Gestaltungsspielraumes gemäss Art. 20.	NEU	
		Spicifications geniass Art. 20.		
	Art. 16			
	Strassen-, Quartier- oder Ortsbild prägen.	Im weitgehend unüberbauten Gebiet sind es die «ortsüblichen», im weitgehend überbauten Gebiet die «vorherrschenden» Merkmale, welche das Orts-, Quartier- oder Strassenbild positiv prägen.	Allg. Absatz NEU	
	Für Hauptgebäude sind folgende Dachformen zugelassen:	Zu Sonnenkollektoren und Fotovoltaikanlagen vgl. auch Art. 6 BewD und die dort erwähnten kantonalen Richtlinien (des AGR	Art. 30	
			4	
	and the second s	·		

Altes Baureglement /

Hinweise

Marm	ativer	Inha	.1+
INCILL	anver	IIIIII	

Dachform min. Neigung max. Neigung Zone Ausserhalb Ortsbildschutzgebiet 45° 12° Satteldach Wohnzone, Walmdach Dorfzone 6°. 20° .Pultdach 45° 12° Zone für Satteldach öffentliche Walmdach Nutzungen Pultdach Flachdach Innerhalb Ortsbildschutzgebiet

Von den Bestimmungen gemäss Absatz 2 ausgenommen sind:

12°

45°

a) Eingeschossige Gebäudeteile

Walmdach

b) Kleinere Gebäude

Wohnzone, Satteldach

Dorfzone

- c) An- und Kleinbauten
- d) Vorspringende Gebäudeteile
- e) Gebäude, die ausschliesslich Nebennutzflächen aufweisen.
- Der Einbau von Wohn- und Arbeitsräumen im Dachraum Die gesundheitspolizeilichen Vorschriften gemäss Art. 62 ff BauV Art. 31 ist zugelassen.
- ter sind zulässig, sofern sie gestalterisch gut in die Dachfläche integriert sind.
- Dacheinschnitte sind bei K-Objekten nicht zulässig.

Hinweise

und des AUE).

Sonnenkollektoren und Fotovoltaikanlagen auf Flachdächern von An- und Kleinbauten sind solchen auf Steildachflächen vorzuziehen. Vgl. auch Art. 6 BewD und die dort erwähnten kantonalen Richtlinien (des AGR und des AUE).

Art. 30 Abs. 2

Dachaufbauten, Dacheinschnitte und Dachflächenfens- Dächer und Dachlandschaften sind für das Ortsbild sehr sensibel. Art. 32

Vgl. Bauinventar der Gemeinde Meinisberg.

sind einzuhalten.

NEU

	No	ormativer Inhalt		Altes Baureglement / Hinweise
				niliweise
		Innerhalb der Ortsbildschutzgebiete sowie auf schützens- und erhaltenswerten Baudenkmälern sind Dacheinschnitte nicht zugelassen.		
	7	Dachaufbauten, Dacheinschnitte und Dachflächenfenster dürfen insgesamt nicht mehr als 50% der Gebäudelänge einnehmen.		Art. 32
	. 8	Dachaufbauten, Dacheinschnitte und Dachflächenfenster haben gegenüber der Firstlinie/Gratlinie, in der Dachfläche gemessen, einen Abstand von mindestens 0,6 m zu wahren.		Art. 32
	9	In Ortsbildschutzgebieten und bei schützens- und erhal- tenswerten Baudenkmälern darf die Gesamtlänge der Dachaufbauten 30% der Fassadenlänge des obersten Geschosses nicht überschreiten.	Ortsbildschutzgebiet vgl. Art. 24.	NEU
	10	Technisch bedingte Dachaufbauten von bis zu 1 m Höhe bleiben unberücksichtigt.		
8	A	rt. 17		
Aussenraumgestaltung	1	Die Gestaltung der privaten Aussenräume – insbesondere der öffentlich erlebbaren Einfriedungen, Vorgärten, Vorplätzen und Hauszugängen – hat sich nach den ortsüblichen oder vorherrschenden Merkmalen zu richten, welche das Strassen-, Quartier- oder Ortsbild prägen.	Im weitgehend unüberbauten Gebiet sind es die «ortsüblichen», im weitgehend überbauten Gebiet die «vorherrschenden» Merkmale, welche das Orts-, Quartier- oder Strassenbild positiv prägen.	NEU
	2	Mit dem Baugesuch ist ein Aussenraumgestaltungsplan oder eine andere geeignete Darstellung der Aussen- räume und deren wesentlichen Gestaltungselemente einzureichen.	Der Aussenraum kann – zur Beurteilung der Gesamtwirkung im Zusammenhang mit benachbarten privaten und öffentlichen Aussenräumen – auch in einem Situations- oder Erdgeschoss- plan dargestellt werden. Wesentliche Gestaltungselemente sind z.B. Bepflanzung, Terraingestaltung, Böschungen, Stützmauern, Spielplätze, Verkehrsflächen, Abstellflächen für Fahrräder und	Art. 36
	•		Motorfahrzeuge, Hauszugänge, Aufenthaltsflächen, Einfriedungen, Kehrichtsammelstellen. Vorbehalten bleibt die Gewährung eines grösseren Gestaltungsspielraumes gemäss Art. 20.	

samtwirkung erzielt werden kann.

	Einwonnergemeinde Meinisberg • Bauregiement (BR)		20
	Normativer Inhalt		Altes Baureglement / Hinweise
Terrainveränderungen,	Art. 18 1 Terrainveränderungen sind so zu gestalten, dass sie	Für die Integration eines Bauvorhabens in das Orts- und Land-	Art. 35
Stützmauern, Böschungen	sich in die bestehende Umgebung integrieren und sich dem natürlichen Gelände anpassen.	schaftsbild ist die Ausgestaltung von Stützmauern und Böschungen von entscheidender Bedeutung.	
	Wenn es die Ortsbildsituation erfordert, kann die Bau- bewilligungsbehörde bezüglich Gestaltung und Staffe- lung der Stützmauern oder Böschungen Auflagen for- mulieren.	Künstliche Terrainaufschüttungen sind nur in ausreichend be- gründeten Fällen (z.B. Hanglage, Grundwasserspiegel) zulässig. Zu beachten sind auch die Bestimmungen des Einführungsgeset- zes zum Zivilgesetzbuch (EGZGB, vgl. Beilage 2).	
	Von öffentlichen Strassen müssen Stützmauern einen Abstand von 0,5 m aufweisen.		
	Bei talseitigen Böschungen muss der Böschungsfuss einen Grenzabstand von 0,5 m einhalten.		
	Art. 19		
Reklamen und Plakatierung	Reklamen sind so anzuordnen und zu gestalten, dass sie das Strassen-, Orts- und Landschaftsbild, schützens- und erhaltenswerte Objekte und deren Umgebung, die Wohnund Aufenthaltsqualität sowie die Verkehrssicherheit nicht beeinträchtigen.	Im Reklamebegriff eingeschlossen ist gemäss dem übergeordneten Recht auch die Plakatierung. Bezüglich Bewilligungspflicht gilt Art. 6a BewD. Bezüglich der Verkehrssicherheit gelten Art. 95 ff. der eidgenössischen Signalisationsverordnung vom 5. Sept. 1979 (SSV, SR 741.21), vgl. BSIG 7/722.51/1.1.	
	4.4.00		
Gestaltungsspielraum	Art. 20 Die Baubewilligungsbehörde kann nach Anhörung der Fachberatung oder auf der Grundlage des Ergebnisses eines qualifizierten Verfahrens von den Vorschriften über die Bau- und Aussenraumgestaltung gemäss Art. 14 – Art. 18 abweichen, sofern damit eine insgesamt bessere Ge-	Vgl. Art. 21; damit werden zeitgemässe und innovative Gestaltungslösungen ermöglicht, welche zwar vielleicht von der lokalen Bautradition im Sinne von Art. 14 – Art. 18 abweichen, jedoch in jedem Fall dem Grundsatz der «guten Gesamtwirkung» gemäss Art. 13 entsprechen.	Art. 33, NEU

Marmatinay	1	L -	11
Normativer I	n	na	Ιτ

Hinweise

Altes Baureglement / Hinweise

4.2 Qualitätssicherung

Im Falle von schützenswerten Baudenkmälern oder von erhaltenswerten Baudenkmälern, die Bestandteil einer im Bauinventar aufgenommenen Baugruppe gemäss Art. 24 sind (so genannte K-Objekte) ist die Kantonale Denkmalpflege in jedem Fall einzubeziehen (Art. 10c BauG).

Art. 21

Fachberatung

- Die Baubewilligungsbehörde kann unabhängige und in Gestaltungsfragen ausgewiesene Fachleute beiziehen, welche die Bauwilligen und die Baubewilligungsbehörden in allen Fällen beraten, die für das Orts- und Landschaftsbild von Bedeutung sind oder spezielle Bau- und Aussenraum gestalterische Fragen aufwerfen.
- Die Fachberatung formuliert Empfehlungen zu Handen der Baubewilligungsbehörden und stellt dieser insbesondere in den folgenden Fällen Antrag:
 - a. Abweichungen von den Vorschriften über die Bauund Aussenraumgestaltung;
 - b. Bauten und Anlagen in Ortsbildschutzgebieten;
 - c. Bewilligung von Einzelvorhaben in ZPP's vor dem Erlass der Überbauungsordnung;
 - d. Beurteilung von Bauvorhaben, welche die Gestaltungsfreiheit in Anspruch nehmen;
 - e. Bauten und Anlagen in Kulturlandschaften mit landschaftsprägenden Bauten:
 - f. Umbau, Erweiterung und Ersatz von erhaltenswerten Bauten ausserhalb von Baugruppen gemäss Bauinventar.

Die Auswahl der Fachleute erfolgt nach rein fachlichen Kriterien. Als Fachleute gelten Architektinnen und Architekten, Landschaftsarchitektinnen und Landschaftsarchitekten, Bauberaterinnen und Bauberater des Berner Heimatschutzes, Raumplanerin bzw. Raumplaner. Ihre Empfehlungen berücksichtigen auch die Meinung der Projektverfassenden und beschränken sich auf Gestaltungsfragen.

Es steht der Gemeinde frei, die Kommission zur Pflege der Ortsund Landschaftsbilder (OLK) als Fachkommission beizuziehen.

Vgl. Art. 20.

Vgl. Art. 93 Abs. 1 Bst. a BauG.

Vgl. Art. 75 BauG.

NEU

	Normativer Inhalt	Hinweise.	Altes Baureglement / Hinweise
	Art. 22		
Qualifizierte Verfahren	Der Gemeinderat kann die Durchführung von qualifi- zierten Verfahren zur Qualitätssicherung nach aner- kannten Regeln fördern.	Dazu gehören Ideen- und Projektwettbewerbe sowie Studienaufträge nach der sia-Ordnung 142 für Architektur- und Ingenieurwettbewerbe sowie so genannte Workshop- oder Gutachtenverfahren.	NEU
	*		
	4.3 Energie		
8	Art. 23		
Gemeinsames Heiz-	Werden mehr als 4 Wohnungen gleichzeitig erstellt,	Vgl. Art. 15 Abs. 1 KEnG.	NEU
oder Heizkraftwerk	ist eine gemeinsame Anlage für Heizung und Warm-		
*	wasser zu erstellen.		
	Für Vorhaben mit mehr als 4 Wohnungen muss keine gemeinsame Anlage erstellt werden, wenn:		
	der Anschluss an ein Fernwärmenetz vorgesehen und sichergestellt ist, oder		
	 b. alle Gebäude mind. einen GEAK der Effizienzklas- se A/A oder 		
	c. alle Gebäude mind. ein MINERGIE-P-Label besitzen.		
•		a B	
Sicherheit von Bauten und Anlagen	Bezüglich der Sicherheit von Bauten und Anlagen sind die jeweils gültigen Normen und Empfehlungen	Vgl. Art. 15 Abs. 1 KEnG.	Art. 38, gestrichen
	der Fachverbände (z.B. bfu, sia, SIGAB, suva) zu be-		
	achten.		
**			
		* .	
* .			

Ortsbildschutzgebiete

	Normativer Inhalt	Hinweise	Altes Baureglement / Hinweise
	GROUND AND THE PROPERTY OF THE		
	5 Bau- und Nutzungsbeschränkungen		
	5.1 Ortsbildpflege		
	Art. 24		
	Ortsbildschutzgebiete sind Schutzgebiete gemäss Art. 86 BauG.	inventars der Gemeinde Meinisberg, bzw. die Beschriebe im	Art. 40
	Sie bezwecken den Schutz der aus denkmalpflegeri- scher Sicht wertvollen Ortsteile.	ISOS.	
	Bauliche Massnahmen sind bezüglich Stellung, Volu- men und Gestaltung (Fassaden, Dach, Aussenräume, Materialisierung) besonders sorgfältig in das Ortsbild einzufügen.		Art. 40 Abs. 2
	Betreffen Bauvorhaben schützenswerte Baudenkmäler oder erhaltenswerte Baudenkmäler, die Bestandteil ei- ner im Bauinventar aufgenommenen Baugruppe sind, ist die zuständige kantonale Fachstelle in jedem Fall einzubeziehen.	Art, 10c BauG	
3.00	Vorbehältlich eines dem Schutzzweck besser angemes- senen Standorts sind Ersatzbauten am Standort der ur- sprünglichen Baute zu erstellen.		Art. 40 Abs. 3
	Der Abbruch eines Gebäudes wird nur bewilligt, wenn gleichzeitig die Bewilligung für einen Neubau erteilt werden kann oder wenn der Abbruch den Interessen des Ortsbildschutzes entspricht.		Art. 40 Abs. 4
	⁷ Zur besseren Wahrnehmung der Interessen des Orts- bildschutzes kann von den zonengemässen Abstands- vorschriften abgewichen werden.		Art. 40 Abs. 5 Siehe Art. 20 Gestal- tungsspielraum
	Zur Beurteilung von Baugesuchen innerhalb der Orts- bildschutzgebiete, welche das Äussere von Bauten be- treffen, kann die Baubewilligungsbehörde eine neutrale Fachinstanz beiziehen.	Vgl. Art. 21 BR.	Art. 40 Abs. 6 Siehe Art. 21 Fachbera- tung
		· ·	

Rahmen hinausgehen erfordern den Beizug der zustän-

digen Fachstelle.

Baudenkmäler

Historische Verkehrswege

5)	Einwohnergemeinde Meinisberg • Baureglement (BR)		3
*	Normativer Inhalt	Hinweise	Altes Baureglement / Hinweise
	5.2 Pflege der Kulturlandschaft		
	Art. 25		
	Das von der zuständigen Fachstelle des Kantons erstellte und in Kraft gesetzte Bauinventar bezeichnet die schützenswerten und erhaltenswerten Baudenkmäler.	Denkmalpflege des Kantons Bern: Bauinventar der Gemeinde Meinisberg. Das Bauinventar ist behördenverbindlich.	Art 41
	Die Massnahmen zu ihrem Schutz und ihrer Erhaltung bestimmt das kantonale Recht.		Übergeordnetes Recht
	Betreffen Planungen und Baubewilligungsverfahren Objekte des kantonalen Inventars (K-Objekte), ist die kantonale Denkmalpflege in jedem Fall in das Verfahren einzubeziehen.	Das Bauinventar kann auf der Gemeindeverwaltung eingesehen werden. Es erklärt und kommentiert die Schutzwürdigkeit der einzelnen Bauten und deren Umgebung gemäss kantonaler Baugesetzgebung. Schützenswerte Bauten sollen aufgrund ihres besonderen Wertes (Denkmäler) für die Zukunft bewahrt werden.	Art. 41 Abs. 3
×	 Objekte des kantonalen Inventars (K-Objekte) sind: alle schützenswerten Baudenkmäler alle erhaltenswerten Baudenkmäler, die zu einer Bau- 	Erhaltenswerte Bauten sollen wegen ihrer ansprechenden und charakteristischen Eigenschaften geschont werden. Bauliche und nutzungsmässige Veränderungen sind möglich, sofern der Schutzzweck nicht beeinträchtigt wird. Im Umgang mit Schutzob-	Art. 41 Abs. 4
•	gruppe des Bauinventars gehören, • alle erhaltenswerten Baudenkmäler, die innerhalb eines Ortsbildschutzgebietes liegen	jekten empfiehlt es sich, frühzeitig mit der Gemeindeverwaltung bzw. der kantonalen Denkmalpflege Kontakt aufzunehmen, um die Möglichkeiten und Einschränkungen abzuklären, die mit diesen Objekten verbunden sind.	
	Art. 26		
	Die im Zonenplan bezeichneten Objekte des Inventars historischer Verkehrswege der Schweiz (IVS) sind in ih- rem Verlauf und mitsamt ihren Bestandteilen wie über- lieferte Oberflächen, Mauern und Böschungen, Brü- cken, wegbegleitende Vegetation und Einrichtungen ungeschmälert zu erhalten.	Die historischen Verkehrswerge von nationaler Bedeutung mit viel Substanz und mit Substanz bilden das Bundesinventar der historischen Verkehrswege, welches in Anwendung des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz (NHG, SR 451) im Auftrag des Bundesamtes für Strassen (ASTRA) geführt wird. Vgl. auch Art. 2 und 3 VIVS.	Art. 43
	Unterhalt und Nutzung im herkömmlichen Rahmen bleiben gewährleistet. Veränderungen, die über diesen	Zuständige Fachstelle im Kanton Bern ist das Tiefbauamt des Kantons Bern.	

Einwohnergemeinde Meinisberg • Baureglement (BR)

Normativer Inhalt

Hinweise

Altes Baureglement / Hinweise

Archäologische Schutzgebiete, Bodenfunde

Art. 27

Die archäologischen Schutzgebiete bezwecken die Erhaltung oder die wissenschaftliche Untersuchung und Dokumentation der archäologischen Stätten, Fundstellen und Ruinen.

Vgl. Art. 10 ff. BauG

Art. 42

Bei der Planung von Bauvorhaben, spätestens jedoch im Baubewilligungsverfahren, ist der archäologische Dienst des Kantons Bern einzubeziehen.

Treten bei Bauarbeiten archäologische Bodenfunde zutage, sind die Arbeiten einzustellen und die Gemeindeverwaltung oder der archäologische Dienst des Kantons Bern zu benachrichtigen (Art. 10f BauG).

Einzelbäume und Sträucher Art. 28

Auf die vorhandenen Bäume und Sträucher ist bei Überbauungen besondere Rücksicht zu nehmen. Sie sind durch Ersatzpflanzungen zu ersetzen, sofern dies nicht unverhältnismässig ist.

Die entsprechend bezeichneten Objekte prägen das Orts- und Landschaftsbild innerhalb und ausserhalb des Siedlungsgebietes und dienen dem ökologischen Ausgleich.

Alle Hecken und Feldgehölze sind gesetzlich geschützt (Art 27

Art. 34

Es sind vorwiegend standortheimische Pflanzen zu verwenden.

Vgl. Art. 41 Abs. 1 NSchG

NSchG).

Art. 29

Gewässerraum für Fliessgewässer und stehende Gewässer

Der Raumbedarf der Gewässer (Gewässerraum) gewährleistet die folgenden Funktionen:

Vgl. Art 36a GschG, Art. 41a ff. GschV, Art. 11 BauG, Art 48 WBG NEU, Art. 23

sowie die AHOP Gewässerraum (2015).

- a. Die natürlichen Funktionen der Gewässer;
- b. Schutz vor Hochwasser;
- c. Gewässernutzung.
- Der Gewässerraum für Fliessgewässer ist im Zonenplan Gewässer als flächige Überlagerung festgelegt (Korridor).
- Zugelassen sind nur Bauten und Anlagen, die standortgebunden sind und die im öffentlichen Interesse liegen. Alle anderen - bewilligungspflichtige und bewilligungsfreie - Bauten und Anlagen sowie Terrainveränderungen sind unter Vorbehalt des Bundesrechts untersagt.

Vorbehalten sind zudem Massnahmen des Gewässerunterhalts und des Gewässerbaus gemäss Art. 6,7 und 15 WBG

Vgl. Art. 11 BauG. Vgl. Art. 41c GSchV und Art. 5b Abs. 2 WBG.

	*		1 Alto word steel
	Normativer Inhalt	Hinweise	Altes Baureglement / Hinweise
			Hilliweise
	In dicht überbauten Gebieten können Ausnahmen für zonenkonforme Bauten und Anlagen bewilligt werden, soweit keine überwiegenden Interessen entgegenste- hen.		
	Innerhalb des Gewässerraums ist die natürliche Uferve- getation zu erhalten. Zulässig ist nur eine extensive land- und forstwirtschaftliche Nutzung oder eine natur- nahe Grünraumgestaltung. Dies gilt nicht für den Ge- wässerraum von eingedolten Gewässern.	Vgl. auch Art. 41c Abs. 3 und 4 GSchV Vgl. Art. 41c Abs. 6 Bst. B GSchV	
	Wo kein Gewässerraum ausgeschieden ist, gilt Art. 39 WBV.	Wo kein Gewässerraum ausgeschieden ist, sind Gesuche für Bauten und Anlagen innerhalb von 15 Metern dem Tiefbauamt vorzulegen. Das Tiefbauamt entscheidet, ob eine Wasserbaupoli- zeibewilligung nach Artikel 48 WBV nötig ist.	
	Art. 30		
Bereich ohne Bewirtschaftungs- einschränkung	Die im Zonenplan Gewässer als «Bereich ohne Bewirtschaftungseinschränkung» festgelegte Fläche ist von den Bewirtschaftungseinschränkungen gemäss Art. 41c Abs. 3 und 4 GSchV befreit.	Vgl. Art. 41c Abs. 4bis GSchV	NEU
	5.3 Schutz der naturnahen Landschaft		
Landschaftsschutzgebiet Bockegge	 Art. 31 Das Landschaftsschutzgebiet Bockegge bezweckt die Erhaltung des besonderen Landschafts- und Erholungswerts. Bauten und Anlagen sind mit Ausnahme von kleineren, für die Bewirtschaftung erforderlichen Hochbauten wie Weideunterstände, Geräteschöpfe etc. nicht zugelassen. Tätigkeiten und Nutzungen, welche den Schutzzweck gefährden oder beeinträchtigen, sind untersagt. 	Vgl. Art. 18 und 18b NHG; Art. 16, 19 Abs. 2 und 20 ff. NSchG, Art. 15–18 NSchV sowie Art. 9 und 86 BauG. Schutzzweck ist die Landschaftsökologie. Zu beachten ist auch Art. 29a USG und Art. 1 der Freisetzungsverordnung (FrSV, SR 814.911).	Art. 44

Normativer	Inhal	t

Hinweise

Altes Baureglement / Hinweise

Art. 32

Landschaftsschutzgebiet ¹ Büttenberg

- Das Landschaftsschutzgebiet Büttenberg bezweckt die Erhaltung des Landschaftsbildes und des Erholungswerts sowie die Schonung der natürlichen Lebensräume.
- Terrainveränderungen, Materialentnahmestellen, Deponien und technische Anlagen wie z.B. Freileitungen sind nicht zugelassen.
- Das Beseitigen von Einzelbäumen, Baum- und Gehölzgruppen ist untersagt. Die Beseitigung wegen Krankheit, aus Alters- oder Sicherheitsgründen ist bei angemessenem Ersatz möglich. Der periodische und fachgerechte Schnitt von Hecken ist erlaubt.
- Neubauten sind an die bestehende Hofgruppe anzugliedern und von standortheimischen Gehölzen zu begleiten. Kleinere Hochbauten wie Weideunterstände, Gerätschöpfe etc. sind auch abseits der bestehenden Hofgruppe zulässig.
- Der strukturreiche, als Lebensraum für zahlreiche Arten bedeutende Südhang des Büttenbergs (Dählen Reben, Brunnenrain) ist zu erhalten und aufzuwerten. In Abweichung von Abs. 3 ist der Verbuschung durch fachgerechte Pflege aktiv entgegenzuwirken.

Vgl. Art. 18 und 18b NHG; Art. 16, 19 Abs. 2 und 20 ff. NSchG, Art. 15–18 NSchV sowie Art. 9 und 86 BauG. Schutzzweck ist die Landschaftsökologie.

Zu beachten ist auch Art. 29a USG und Art. 1 der Freisetzungsverordnung (FrSV, SR 814.911).

Art. 45

Art. 33

Gebietsfremde und schädliche Pflanzen / Tiere

Gebietsfremde Pflanzen und Tiere (Neophyten und Neozoen), welche Krankheiten übertragen, die Gesundheit gefährden oder die biologische Vielfalt bedrohen können, dürfen nicht freigesetzt werden. Bereits bestehende Vorkommen sind aus den betroffenen Gebieten zu entfernen und fachgerecht zu entsorgen.

Art. 29a USG und Art. 1 und 15 sowie Anhang 2 der Freisetzungsverordnung FrSV
Gilt nei

Gilt neu auch für Tiere

Einwohnergemeinde Meinisberg • Baureglement (BR) Normativer Inhalt Altes Baureglement / Hinweise Hinweise 5.4 Ersatzmassnahmen Art. 34 Lässt sich die Beeinträchtigung oder Beseitigung von Vgl. Art. 18 Abs. 1ter NHG; Art. 14 Abs. 7 NHV sowie NEU Art. 27 NSchG für Hecken und Feldgehölze. Schutzgebieten oder Schutzobjekten nicht vermeiden, hat die Verursacherin bzw. der Verursacher für gleichwertigen Ersatz zu sorgen. Über Ausnahmen, Bewilligungen und Ersatzmass-Vgl. Art. 41 Abs. 3 NSchG; Art. 18 Abs. 1ter NHG. nahmen entscheidet die Baubewilligungsbehörde oder Zuständigkeit: Regierungsstatthalterin bzw. Regierungsstatthalter die gemäss übergeordneter Gesetzgebung zuständige für Hecken (Art. 27 Abs. 2 NSchG); die Abteilung Naturförderung ANF für andere Objekte von überlokaler Bedeutung (Art. 15 Abs. Stelle. 3c NSchG).

Ersatzmassnahmen

Bauen in Gefahrengebieten

	Normativer Inhalt	Hinweise	Altes Baureglement / Hinweise
	•		
	5.5 Gefahrengebiete		
	Art. 35		
,	¹ Bei Bauvorhaben in Gefahrengebieten gilt Art. 6 BauG	Art. 6 BauG definiert die Gefahrengebiete mit erheblicher («rote Gefahrengebiete»), mittlerer («blaue Gefahrengebiete», geringer («gelbe Gefahrengebiete») und nicht bestimmter Gefahrenstufe und deren Überbaubarkeit. Die bekannten Gefahrengebiete sind im Zonenplan verbindlich eingetragen.	NEU
	Es wird empfohlen, frühzeitig eine Voranfrage einzureichen.	Die Voranfrage ist bei der Baubewilligungsbehörde einzureichen.	
	Bei Baugesuchen in Gebieten mit erheblicher oder mitt- lerer Gefährdung oder mit nicht bestimmter Gefahren- stufe zieht die Baubewilligungsbehörde die kantonale Fachstelle bei.		
	⁴ Auf den Parzellen 118, 136, 149, 259, 282, 378, 391, 501, 660, 958, 1039, 1156, 1489, 1691 und 2010 mit mittlerer Gefährdung durch Hangmuren gelten folgende grundsätzliche Schutzmassnahmen:	In den aufgeführten Gebieten mit mittlerer Gefährdung durch Hangmuren sind die Ausführungen im Bericht «Gemeinde Meinis- berg: Kurzgutachten Gefahrengebiete mit Umsetzungsmassnah- men – geo7 2024» zu beachten.	NEU
	 a. Bergseitige und seitliche Öffnungen vermeiden oder schützen b. Bergseitige und seitliche Fassaden und Öffnungen auf die zu erwartenden Einwirkungen dimensionieren 	Im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens sind die konkreten Schutzmassnahmen in Abstimmung mit der Umgebungsplanung aufzuzeigen.	
	 c. Terrain so gestalten, dass Wasser vom Gebäude wegfliessen kann d. Keine Mehrgefährdung für umliegende Parzellen verursachen 		
٠.			

Normativer Inhalt

- Auf der Parzelle 1412 mit mittlerer Gefährdung durch Wassergefahren gelten folgende grundsätzliche Schutzmassnahmen:
 - a. Verzicht auf Lichtschächte und Gebäudeöffnungen bis zu einer bestimmten Höhe der Fassade
 - b. Verzicht auf die Erstellung von Tiefgaragen
 - Hangunterseitige Anordnung von Gebäudeöffnungen wie Fenstern und Türen
 - d. Ausgestaltung der Umgebungsgestaltung mit leichtem Gefälle im Gelände vom Gebäude weg
- ⁶ Auf die Umsetzung der Massnahmen gemäss Absatz 4 und 5 kann verzichtet werden, wenn
 - a. sich die Gefahrenverhältnisse nachweislich geändert haben und dies mittels eines Gefahrengutachtens nachgewiesen werden kann,
 - b. mit anderen Massnahmen und einem Gefahrengutachten der Schutz vor Naturgefahren im Baubewilligungsverfahren nachgewiesen werden kann.
- Im Gefahrengebiet mit geringer Gefährdung («gelbes Gefahrengebiet») wird der Baugesuchsteller im Baubewilligungsverfahren auf die Gefahr aufmerksam gemacht.

Hinweise

Im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens sind die konkreten Schutzmassnahmen in Abstimmung mit der Umgebungsplanung aufzuzeigen.

Altes Baureglement / Hinweise

NEU

NEU

Zu beachten ist, dass für sensible Bauten Art. 6 Abs. 3 BauG gilt. Sensible Bauten sind:

- Gebäude und Anlagen, in denen sich besonders viele Personen aufhalten, die schwer zu evakuieren sind (wie Spitäler, Heime, Schulen) oder die besonderen Risiken ausgesetzt sind (z.B. Campingplätze)
- Gebäude und Anlagen, an denen bereits geringe Einwirkungen grosse Schäden zur Folge haben (wie Schalt- und Telefonzentralen, Steuerungs- und Computeranlagen, Trinkwasserversorgungen, Kläranlagen)
- Gebäude und Anlagen, an denen grosse Folgeschäden auftreten können (wie Deponien, Lagereinrichtungen oder Produktionsstätten mit Beständen an gefährlichen Stoffen).

Altes Baureglement /

Hinweise

Art. 47

	Einwohnergemeinde Meinisberg • Baureglement (BR)			
	Normativer Inhalt	Hinweise		
	6 Straf- und Schlussbestimmungen			
	Art. 36			
	Widerhandlungen gegen die baurechtliche Grundordnung, gegen die übrigen Gemeindebauvorschriften und die ge-	Vgl. Art. 50 BauG.		
	stützt darauf erlassenen Verfügungen, werden nach den Strafbestimmungen der Baugesetzgebung geahndet.			
	Art. 37			
•	Die baurechtliche Grundordnung, bestehend aus dem	Vgl. Art. 110 BauV		
•	Baureglement mit Anhang und dem Zonenplan, tritt am Tag nach der Publikation der Genehmigung in Kraft.	Die Genehmigung ist unter Hinweis auf den Zeitpunkt des Inkraft- tretens der Vorschriften und Pläne öffentlich bekannt zu machen, sobald sie rechtskräftig geworden ist (Abs. 1a). Die Publikation darf erst nach Rechtskraft der Planung erfolgen (Art. 110 Abs. 1a BauV).		
	² Die Änderungen der baurechtlichen Grundordnung und die neuen Zoponpläng Cowässer und Nature für			
	die neuen Zonenpläne Gewässer und Naturgefahren treten am Tag nach der Publikation der Genehmigung in Kraft.			
	Art. 38 Mit Inkrafttreten der baurechtlichen Grundordnung werden			

NEU

Art. 48 Abs. 1

Art. 48 Abs. 2

Aufhebung von Vorschriften

Widerhandlungen

Inkrafttreten

Mit Inkrafttreten der baurechtlichen Grundordnung werden aufgehoben:

- Bauzonenplan und Baureglement vom 11. Oktober 1991
- Zonenplan Teil Landschaft vom 4. Oktober 1978
- Nutzungsrichtplan vom 4. Oktober 1978
- Verkehrsrichtplan vom 31. Mai 1995

Genehmigungsvermerke

Aktualisierung der Ortsplanung

Öffentliche Mitwirkung vom

Kantonale Vorprüfung vom

Publikation im Amtsblatt vom

Publikation im amtlichen Anzeiger vom

Öffentliche Auflage vom

Einspracheverhandlung

Erledigte Einsprachen

Unerledigte Einsprachen

Rechtsverwahrungen

Beschlossen durch den Gemeinderat am

Beschlossen durch die Gemeindeversammlung am

Namens der Einwohnergemeinde Meinisberg:

Der Präsident:

Die Gemeindeschreiber:

29. April bis 11. Juni 2019

6. August 2020

17. August 2022

18. August 2022

19. August bis 18. September 2022

keine

keine

keine

keine

18. Oktober 2022

29. November 2022

Änderungen im Genehmigungsverfahren (Art. 60 Abs. 3 BauG und Art. 122 Abs. 7 BauV)

Publikation im Amtsblatt vom

Publikation im amtlichen Anzeiger vom

Öffentliche Auflage vom

Einspracheverhandlung

Erledigte Einsprachen

Unerledigte Einsprachen

Rechtsverwahrungen

Beschlossen durch den Gemeinderat am

Der Präsident:

Die Gemeindeschreiber:

Bekanntmachung nach Art. 122 Abs. 8 BauV am

Die Richtigkeit dieser Angaben bescheinigt:

Die Gemeindeschreiber:

Genehmigt durch das Amt für Gemeinden und Raumordnung am

Ch. Fulrer

28. August 2024

29. August 2024

29. August bis 30. September 2024

keine

keine

keine

keine

14: Oktober 2024

17. Oktober 2024

Meinisberg, den 19. DEZ. 2



- 7. Aug. 2025

Anhang

Anhang 1 Definitionen und Messweisen

Die Definitionen und Messweisen sind im Anhang der BMBV festgelegt. Vorliegend wird nur noch geregelt, was dort nicht enthalten ist.

A1.1 Gebäudelänge

Gebäudelänge (GL)

Art. A1

Die Gebäudelänge ist die längere Seite des flächenkleinsten Rechtecks, welches die projizierte Fassadenlinie umfasst.

Vgl. Art. 12 BMBV.

Anhang 2, A Gebäudemasse

² Eingeschossigen Gebäudeteile und Anbauten werden an die Gebäudelänge angerechnet.

Vgl. Art. 5.

A1.2 Bauabstände

Art. Á2

Abstand gegenüber nachbarlichem Grund, Vereinbarungen Benachbarte Grundeigentümer können die von Bauten gegenüber ihrem Grund einzuhaltenden Abstände untereinander mit Dienstbarkeiten oder schriftlicher Vereinbarung regeln. Vorbehalten bleibt Art. A6 Abs. 3.

Grundeigentümer können Abweichungen von den reglementarischen Grenzabständen (Art. 5) vereinbaren. Der mind. Gebäudeabstand (Art. A6) muss trotzdem eingehalten werden. Daraus folgt, dass bei einem vereinbarten Näherbau der belastete Nachbar um das fehlende Mass des Gebäudeabstandes weiter von seiner Grenze abrücken muss. Der Zusammenbau an der Grenze bleibt vorbehalten (Art. A2 Abs. 4)

Art. 16 Abs. 2

Art. 16 Abs. 1

innerhalb der zulässigen Gebäudelänge – den Zusammenbau an der Grenze gestatten.

5. Treffen die Nachbarn untersinander keine Baselung.

Sie können insbesondere den Bau an der Grenze und -

Art. 16 Abs. 3

Treffen die Nachbarn untereinander keine Regelung, so gelten die nachfolgenden Abstandsvorschriften.

Grenzabstand für
Hauptbauten

Art. A3

Für Hauptbauten gilt gegenüber nachbarlichem Grund der nach Zonen festgelegte Mindestabstand.

Art. 17

Art. A4

Kleiner Grenzabstand kA

- Der kleine Grenzabstand kA bezeichnet die zulässige kürzeste Entfernung der Fassade (projizierte Fassadenlinie) von der Grundstücksgrenze. Er wird rechtwinklig zur massgebenden Fassade gemessen.
- Er wird auf den Schmalseiten und der beschatteten Längsseite des Gebäudes gemessen.
- Vorspringende Gebäudeteile bleiben unberücksichtigt.

Anhang 2

Art. A5

Grøsser Grenzabstand gA

- Der grosse Grenzabstand gA bezeichnet die zulässige kürzeste Entfernung der Fassade (projizierte Fassadenlinie) auf der besonnten Längsseite des Gebäudes von der Grundstücksgrenze. Er wird rechtwinklig zur massgebenden Fassade gemessen.
- lst die besonnte Längsseite nicht eindeutig bestimmbar (keine Seite mehr als 10% länger oder bei Ost-West-Orientierung der Längsseite), bestimmt der Baugesuchsteller auf welcher Fassade, die Nordfassade ausgenommen, der grosse Grenzabstand gemessen wird.
- 3 Vorspringende Gebäudeteile bleiben unberücksichtigt.

Vgl. Art. 22 BMBV.

Vgl. Art. 22 BMBV.

Anhang 2

Art. A6

Gebäudeabstand

- Der Abstand zweier Gebäude muss mindestens der Summe der dazwischen liegenden, für sie vorgesehenen Grenzabstände entsprechen.
- Zwischen Bauten, die aufgrund früherer baurechtlicher Vorschriften oder Ausnahmebewilligungen den Grenzabstand nicht einhalten, reduziert sich der Gebäudeab-

Art. 21

stand um das Mass der Unterschreitung des Grenzabstandes.

- Bei Gebäuden auf demselben Grundstück sind vorbehältlich der feuerpolizeilichen Abstände keine Gebäudeabstände einzuhalten.
- Für eingeschossige Gebäudeteile, Kleinere Gebäude Klein- und Anbauten sind die Gebäudeabstände gegenüber anderen eingeschossigen Gebäudeteilen, Kleineren Gebäuden, Klein- und Anbauten nicht einzuhalten.

Art. 18 Abs. 4

Anhang 2, NEU

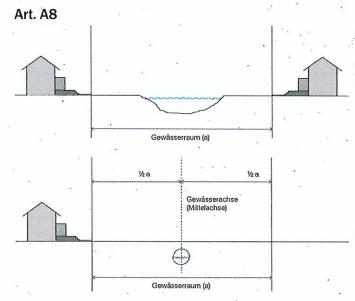
Abstand gegenüber Zonengrenzen

Art. A7

Die Abstände gegenüber Zonengrenzen werden auf die gleiche Art und Weise wie diejenigen gegenüber nachbarlichem Grund gemessen. Gegenüber der Landwirtschaftszone genügt die Einhaltung des Masses des kleinen Grenzabstanden.

Abstände: kleiner und grosser Grenzabstand, vgl. Art. A4 und Art. NEU A5.

Gewässerraum für Fliessgewässer



Vgl. Art. 41a GSchV.

Vgl. AHOP Gewässerraum (2015), flächige Darstellung des Gewässerraums.

Messweise bei eingedolten Gewässern.

Λ	vt	л	u
м		~	-

Abstand gegenüber Hecken und Feld- und Ufergehölzen

- ¹ Für Hochbauten ist ein Bauabstand von min. 6,0 m einzuhalten.
- Für Anlagen (Strassen, Wege, Abstell- und Lagerplätze, Gärten etc.) ist ein Bauabstand von min. 3,0 m einzuhalten.

Vgl. Art. 21 und Anhang 1 Ziffer 9 DZV

NEU

Definition der Gehölzgrenzen:

- Die Grenze der Uferbestockung verläuft mindestens 3 m, bei Bestockungen mit Waldbäumen 3 m ausserhalb der Stämme der äussersten Bäume und Sträucher.
- Die Grenze von Hecken und Feldgehölzen verläuft mindestens
 2 m (bei Bestockungen mit Waldbäumen 3 m) ausserhalb der Stämme der äussersten Bäume und Sträucher.

A1.3 Nutzungsziffern

Art. A10

oberirdische Geschossflächenziffer (GFo) Nicht angerechnet an die oberirdischen Geschossflächenziffer werden Untergeschosse und Unterniveaubauten, welche das massgebende Terrain um nicht mehr als das zulässige Mass von 1,5 Metern überragen.

Vgl. Art. 11c Abs. 3 BauV.

NEU

A1.4 Altrechtliche Nutzungsziffern

Die altrechtlichen Nutzungsbestimmungen sind nur aufzuführen, sofern die BMBV noch nicht in allen Teilen der Nutzungsplanung der Gemeinde umgesetzt wurde wie insbesondere bei Überbauungsordnungen nach Art. 88 BauG.

Art. A11

Ausnützungsziffer (AZ)

Die Ausnützungsziffer ist die Verhältniszahl zwischen der anrechenbaren Bruttogeschossfläche der Gebäude und der anrechenbaren Landfläche. Vgl. aArt. 93 Abs. 1 BauV.

$$AZ = \frac{BGF}{aLF}$$

NEU

Art. A12

Bruttogeschossfläche (BGF)

Als anrechenbare Bruttogeschossfläche gilt die Summe aller dem Wohnen oder dem Gewerbe dienenden oder hierfür verwendbaren ober- und unterirdischen Geschossflächen einschliesslich der Mauer- und Wandquerschnitte. Nicht angerechnet werden:

Vgl. aArt. 93 Abs. 2 BauV.

- a. zu Wohnungen gehörende Keller- und Dachräume, sofern sie nicht als Wohn- oder Arbeitsräume (aArt. 63 BauV) verwendbar sind;
- b. eine zu einem Wohnraum gehörende Galerie im Dachraum, sofern sie keine anrechenbaren Räume erschliesst;
- c. Heiz-, Kohlen-, Tankräume, Räume für Energiespeicher und Waschküchen;
- d. Maschinenräume für Lift-, Ventilations- und Klimaanlagen;
- e. allen Bewohnern, Besuchern und Angestellten dienende Ein- oder Abstellräume für Motorfahrzeuge,
 Velos und Kinderwagen sowie in Mehrfamilienhäusern und Wohnsiedlungen die Gemeinschaftsräume;
- f. Verkehrsflächen wie Korridore, Treppen und Lifte, die ausschliesslich nicht anrechenbare Räume erschliessen, ferner bei Hauseingängen im Untergeschoss die Hauseingangszone mit Treppe zum darüberliegenden Geschoss, sofern das Untergeschoss keine Wohn- und Arbeitsräume im Sinne von aArt. 63 BauV enthält;
- g. mindestens einseitig offene Dachterrassen oder Gartensitzplätze;
- h. offene ein- und vorspringende Balkone, sofern sie nicht als Laubengänge dienen;
- i. unterirdische gewerbliche Lagerräume, die weder publikumsoffen noch mit Arbeitsplätzen belegt sind;
- j. in Räumen mit Dachschräge die Fläche, über welcher die Raumhöhe weniger als 1,5 m beträgt.

NEU

Art. A13

Anrechenbare Landfläche (aLF)

- ¹ Die anrechenbare Landfläche ist gleich der Fläche der von der Baueingabe erfassten, baulich noch nicht ausgenützten Grundstücke oder Grundstückteile. Hinzugerechnet wird die anstossende Fläche von Detailerschliessungsstrassen, soweit sie vom Baugrundstück abparzelliert worden ist, wenn im Zeitpunkt der Baueingabe seit der Abparzellierung nicht mehr als zehn Jahre verflossen sind. Nicht angerechnet werden:
 - a. die Fläche von Basiserschliessungsstrassen, die in einem Überbauungs- oder Strassenplan festgelegt ist oder für die der entsprechende Plan öffentlich aufgelegt worden ist;
 - b. Wald und Gewässer;
 - c. einer anderen Nutzungsart zugewiesene Grundstückteile.
- ² Grünzonen, die der Freihaltung dienen sind anzurechnen.

Vgl. aArt. 93 Abs. 3 BauV; die massgebende Grundstücksfläche nach aArt. 96 Abs. 2 BauV entspricht der anrechenbaren Landfläche (aLF).

NEU

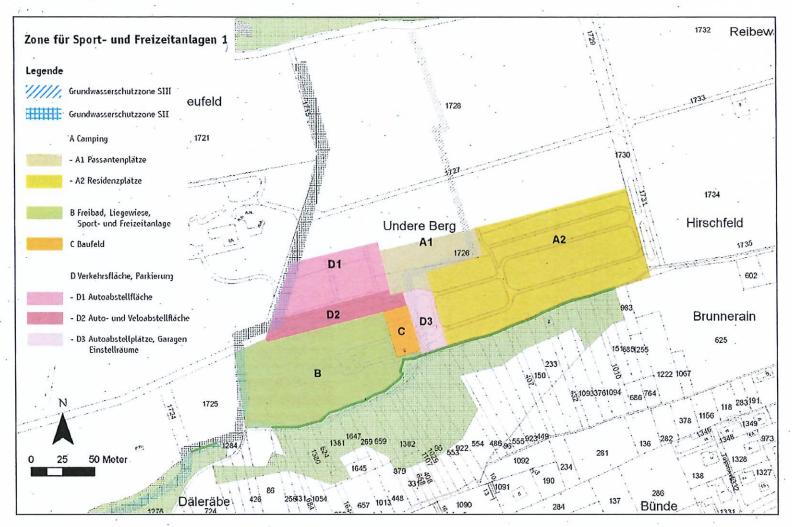
Art. A14

Gebäudefläche (GbF)

- Die Gebäudefläche (GbF) bestimmt sich nach den Vor- Vgl. aArt. 96 Abs. 1 und 3 BauV. schriften der Bauverordnung.
- ² Vordächer bis zur zulässigen Ausladung werden nicht angerechnet.

NEU

Anhang 2 Zone für Sport- und Freizeitanlagen 1 (Art. 7)



Beilagen

Erläuterungen und Hinweise **B1**

Im Zonenplan und im Zonenplan Gewässer sind Gebiete und Objekte mit Bau- und Nutzungsbeschränkungen dargestellt, die grundelgentümerverbindlich in Instrumenten, welche in einem anderen Verfahren erlassen wurden, bzw. behördenverbindlich in Planungen und Inventaren geregelt sind.

B1.1 Bauinventar (behördenverbindlich)

Das Bauinventar der Gemeinde Meinisberg ist ein Inventar Vgl. Art. 10a bis 10e BauG. der schützenswerten und erhaltenswerten Baudenkmäler im Sinne der Baugesetzgebung. Der oder die Grundeigentümer können im Baubewilligungsverfahren den Nachweis verlangen, dass das Inventar, d.h. die Einstufung ihrer Liegenschaft, richtig ist. Gegen diesen Entscheid steht ihnen der Rechtsweg offen.

schützenswerter Bau

Wertvoller Bau von architektonischer und/oder historischer Bedeutung, dessen ungeschmälertes Weiterbestehen unter Einschluss der wesentlichen Einzelheiten wichtig ist. An Renovationen, Veränderungen oder Ergänzungen sind hohe Qualitätsanforderungen zu stellen und sie bedürfen besonders sorgfältiger Abklärungen unter Einbezug fachlicher Beratung.

«Schützenswerte Baudenkmäler dürfen grundsätzlich nicht Vgl. Art. 10b Abs. 2 BauG. abgebrochen werden. Innere Bauteile, Raumstrukturen und feste Ausstattungen sind ihrer Bedeutung entsprechend zu erhalten, sofern dies für den Schutzzweck erforderlich und für die Eigentümerin oder den Eigentümer zumutbar ist.»

erhaltenswerter Bau

Ansprechender oder charakteristischer Bau von guter Qualität, der erhalten und gepflegt werden soll. Veränderungen, die sich einordnen, und Erweiterungen, die auf den bestehenden Bau Rücksicht nehmen, sind denkbar. Sollte sich eine Erhaltung als unverhältnismässig erweisen, so muss ein allfälliger Ersatz in Bezug auf Stellung, Volumen, Gestaltung und Qualität sorgfältig geprüft werden. Zu dieser Kategorie können auch einst schützenswerte Gebäude gehören, die durch bauliche Eingriffe verändert oder entstellt worden sind und die sich sachgerecht wiederherstellen lassen.

«Erhaltenswerte Baudenkmäler sind in ihrem äusseren Bestand und mit ihren bedeutenden Raumstrukturen zu bewahren. Ein Abbruch ist zulässig, wenn die Erhaltung unverhältnismässig ist; im Falle einer Neubaute ist das Baudenkmal durch ein gestalterisch ebenbürtiges Objekt zu ersetzen.»

Vgl. Art. 10b Abs. 3 BauG.

Baugruppe

Die Baugruppen zeichnen sich durch einen räumlichen oder historischen Zusammenhang aus. In Baugruppen werden Objekte zusammengefasst, deren Wert in ihrer Wirkung in der Gruppe liegt.

K-Objekte

Alle als «schützenswert» eingestuften Objekte sowie diejeni- Vgl. Art. 10c Abs. 1 BauG, Art. 22 Abs. 3 BewD und Art. 36. gen «erhaltenswerten» Objekte, welche zu einer Baugruppe gehören oder in einem Ortsbildschutzgebiet liegen werden im Inventar als K-Objekte, d.h. als Objekte des kantonalen Inventars bezeichnet. Betreffen Planungen und Bewilligungsverfahren solche Objekte, ist die kantonale Fachstelle - d.h. die Kantonale Denkmalpflege – in das Verfahren einzubeziehen.

Archäologisches Inventar (behördenverbindlich)

Das archäologische Inventar der Gemeinde Meinisberg ist ein Inventar der geschichtlichen und archäologischen Stätten, Fundstellen und Ruinen im Sinne der Baugesetzge-

Vgl., Art. 10d Abs. 1 lit. b bzw. Abs. 2 und 2a BauG.

Die im Zonenplan dargestellten einzelnen archäologischen Schutzgebiete sind grundeigentümerverbindlich geschützt.

bung. Der oder die Grundeigentümer können im Baubewilligungsverfahren den Nachweis verlangen, dass das Inventar richtig ist.

Archäologische Gebiete und Fundstellen .

In den im Zonenplan entsprechend bezeichneten Gebieten muss mit bedeutenden archäologischen Funden gerechnet werden; Baugesuche sind der zuständigen Fachstelle des Kantons zur Stellungnahme vorzulegen. Treten, namentlich im Zuge von Arbeiten an Bauten oder im Erdreich, archäologische Mauerreste, Scherben, Münzen oder andere Bodenfunde zutage, sind diese unverändert zu lassen und sofort der zuständigen Fachstelle zu melden.

Vgl. Art. 9 Abs. 1 lit. e und 9 ff. BauG

Zuständige Fachstelle ist der archäologische Dienst des Kantons

B1.3 Fuss- und Wanderwege im kant. Sachplan

Die im kantonalen Sachplan des Wanderroutennetzes aufgeführten Fuss- und Wanderwege sind in ihrem Bestand zu wahren und zu unterhalten. Erhebliche Eingriffe (z.B. Einbau eines bituminösen Belages) ins Fuss- und Wanderwegnetz bedürfen einer Bewilligung.

Zuständige Fachstelle ist das Tiefbauamt des Kantons Bern Vgl. Art. 44 Strassengesetz (SG; BSG 732.11) und Art. 25 ff. Strassenverordnung (SV; BSG 732,111.1).

Geschützte Objekte (grundeigentümerverbindlich)

Das folgenden Naturobjekte ist durch Regierungsratsbeschluss (RRB) geschützt:

Objekte

Geschützte geologische G1: Chlorit-Sericit-Gneis südlich Schulhaus

RRB Nr. 978 vom 11.02.1964

B1.5 Lebensräume von nationaler und regionaler Bedeutung

Die folgenden Lebensräume von nationaler oder regionaler Bedeutung sind durch übergeordnetes Recht bzw. die entsprechenden Beschlüsse und Verfügungen geschützt.

Vgl. Art. 9, 13, 15 Naturschutzgesetz (NSchG; BSG 426.11). Fachliche Hinweise zum Biotop- und Artenschutz siehe unter http://www.be.ch/natur/

Auengebiete von nationaler Bedeutung Auengebiete von nationaler Bedeutung müssen ungeschmälert erhalten werden.

Vgl. Verordnung über den Schutz der Auengebiete von nationaler Bedeutung (SR 451.31)

	Hoch- und Übergangs- moore von nationaler Bedeutung	Hoch- und Übergangsmoore von nationaler Bedeutung müssen ungeschmälert erhalten werden.	Vgl. Verordnung über den Schutz der Hoch- und Übergangsmoore von nationaler Bedeutung (SR 451.32)
	Flachmoore von nationaler Bedeutung	Flachmoore von nationaler Bedeutung müssen ungeschmälert erhalten werden.	Vgl. Verordnung über den Schutz der Flachmoore von nationaler Bedeutung (SR 451.33)
-	Amphibienlaichgebiete von nationaler Bedeutung	Amphibienlaichgebiete von nationaler Bedeutung sind in ihrer Qualität und Eignung sowie als Stützpunkt für das langfristige Überleben und die Wiederansiedlung gefährdeter Amphibienarten ungeschmälert zu erhalten.	Vgl. Verordnung über den Amphibienlaichgebiete von nationaler Bedeutung (SR 451.34)
	Trockenwiesen von nationaler Bedeutung	Die Objekte sind ungeschmälert zu erhalten. Ein Abweichen vom Schutzziel ist nur zulässig für unmittelbar standortgebundene Vorhaben, die dem Schutz des Menschen vor Naturgefahren oder einem andern überwiegenden öffentlichen Interesse von nationaler Bedeutung dienen.	Vgl. Verordnung über den Schutz der Trockenwiesen und -weiden von nationaler Bedeutung (TwwV; SR 451.37).
	Ufergehölze	Ufergehölze (inkl. Auenvegetation) sind geschützt. Sie dürfen weder gerodet noch überschüttet noch auf eine andere Weise zum Absterben gebracht werden.	Vgl. Art. 21 Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz (NHG; SR 451); Art. 13 Abs. 3 und Art. 17 Naturschutzverordnung (NSchV; BSG 426.111).
-	Hecken und Feldgehölze	Hecken und Feldgehölze sind in ihrem Bestand geschützt.	Vgl. Art. 18 Abs. 1 ^{bls} NHG; Art. 18 Abs. 1 lit. g.Bundesgesetz über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (JSG; SR 922) und Art. 27 NSchG.
	Trockenstandorte von regionaler Bedeutung	Trockenstandorte von regionaler Bedeutung sind als Le- bensräume für standorttypische Pflanzen- und Tierarten zu erhalten. Die Bewirtschaftung richtet sich nach den Aufla- gen der Bewirtschaftungsverträge zwischen den Bewirt- schaftern und dem Naturschutzinspektorat.	Vgl. Art. 18 Abs. 1 ^{bls} NHG; Art. 4, 15, 19, 20 und 22 NSchG; Verordnung über Beiträge an Trockenstandorte und Feuchtgebiete (FTV; BSG 426.112).
	Feuchtgebiete von regionaler Bedeutung	Feuchtgebiete von regionaler Bedeutung sind als Lebens- räume für standorttypische Pflanzen- und Tierarten zu er- halten. Die Bewirtschaftung richtet sich nach den Auflagen der Bewirtschaftungsverträge zwischen den Bewirtschaf- tern und dem Naturschutzinspektorat.	Vgl. Art. 18 Abs. 1 ^{bls} NHG; Art. 4, 15, 19, 20 und 22 NSchG; Verordnung über Beiträge an Trockenstandorte und Feuchtgebiete (FTV; BSG 426.112).
	Naturschutzgebiete	Naturschutzgebiet Häftli	RRB vom 22.12.1982

Gewässer und Uferbereiche (grundeigentümerverbindlich)

Alle stehenden und fliessenden Gewässer und ihre Uferbereiche sind durch übergeordnetes Recht geschützt und sollen in ihrem natürlichen oder naturnahen Zustand erhalten werden. Hochwasserschutzmassnahmen sind naturnah und soweit möglich mit ingenieurbiologischen Methoden zu erstellen.

Vgl. Art. 1 Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (GSchG; SR 814.20; Art. 4 Bundesgesetz über den Wasserbau (WBG; SR 721.100); Art. 18 Abs. 1bls und Art. 21 NHG; Art 7 und Art. 8 Bundesgesetz über die Fischerel (BGF; SR 923).

Ufervegetation

Die Ufervegetation (Schilf-, Binsen-, Seggen- und Hochstau- Vgl. Art. 21 NHG; Art. 13 Abs. 3 und Art. 17 NSchV. denbestände, Auenvegetation, etc.) ist geschützt. Sie darf weder gerodet noch überschüttet noch auf eine andere Weise zum Absterben gebracht werden.

Grundwasserschutzzone **B1.7**

Für die Grundwasserschutzzonen gilt die Eidgenössische Gewässerschutzgesetzgebung.

Wald (grundeigentümerverbindlich) **B1.8**

Waldrodungen, der Naturschutz im Wald sowie die Nutzung und Pflege des Waldes richten sich nach dem Bundesgesetz über den Wald und dem kantonalen Waldgesetz mit den entsprechenden Ausführungsbestimmungen. Waldfeststellungen können auch ausserhalb der Bauzone und beim Erlass und bei der Revision von Nutzungsplänen, in Gebieten in denen der Kanton die Zunahme des Walds verhindern will, erfolgen.

Vgl. Art. 10 Abs. 2 Bst. b WaG, Kantonaler Richtplan, Massnahmenblatt (MB) D_09

Bernisches Einführungsgesetz zum ZGB

Auszug aus dem Bernischen Einführungsgesetz zum Zivilgesetzbuch (EG ZGB) zu Nachbarrecht sowie Bauten und Pflanzungen.

Grenzabstände

Art. 79

- ¹ Für Bauten, welche den gewachsenen Boden in irgendeinem Punkt um mehr als 1.2 m überragen, ist gegenüber den Nachbargrundstücken ein Grenzabstand von wenigstens 3.0 m einzuhalten. Vorbehalten sind die Vorschriften des öffentlichen Rechts über die geschlossene oder annähernd geschlossene Bauweise.
- Ist die geschlossene Bauweise zugelassen, aber nicht vorgeschrieben, so hat der Grundeigentümer, der die seitliche Umfassungsmauer nicht an die Grenze stellt, einen Grenzabstand von 6.0 m einzuhalten.
- Wurde nach früherem Baurecht ein Nachbar-gebäude mit einer Umfassungsmauer an der Grenze erstellt, so ist der Anbau im gleichen Umfang gestattet.

An- und Nebenbauten Art. 79 a

Für eingeschossige An- und Nebenbauten, die nicht für den dauernden Aufenthalt von Menschen oder Tieren bestimmt sind, genügt ein Grenzabstand von 2.0 m, sofern die mittlere Fassadenhöhe dieser Bauten 4.0 m und ihre Grundfläche 60.0 m² nicht übersteigen.

Vorspringende Bauteile Art. 79 b

Vorspringende offene Bauteile, wie Vordächer, Vortreppen, Balkone, dürfen von der Umfassungsmauer aus gemessen höchstens 1.2 m in den Grenzabstand hineinragen.

Abort- und Düngergruben

Art. 79 c

- Anlagen zur Aufnahme von Abortstoffen, Jauche, Dünger und anderen übelriechenden Abfällen sind in einem Abstand von wenigstens 3.0 m von der Grenze zu erstellen.
- Werden diese Anlagen so gebaut, dass keine Beeinträchtigung der Nachbarn eintreten kann, so braucht der Grenzabstand nicht eingehalten zu werden, wenn sie den gewachsenen Boden nicht mehr als 1.2 m überragen.

Hofstattrecht

Art. 79 d

- Wird ein Gebäude durch Elementarereignisse ganz oder teilweise zerstört, so darf es innert 5 Jahren ohne Rücksicht auf den privatrechtlichen Grenzabstand in seinem früheren Ausmass wieder aufgebaut werden.
- Die Frist ist eingehalten, wenn vor ihrem Ablauf das Baugesuch gestellt ist. Der Wiederaufbau ist ohne willkürliche Unterbrechung durchzuführen.

Brandmauern

Art. 79 e

a) Pflicht

Gebäude, die an die Grenze gestellt werden, sind grenzseitig mit einer Brandmauer zu versehen.

b) Mitbenützung

Art. 79 f

- Das Recht, eine vom Nachbarn erstellte Brandmauer mitzubenützen, wird durch Einkauf in das Miteigentum erworben.
- Für das Mitbenützungsrecht ist eine Entschädigung zu bezahlen, welche entsprechend dem Interesse der beteiligten Nachbarn an der Brandmauer festzulegen ist. Eigentums- und Benützungsrechte, die der Nachbar an der bestehenden Brandmauer erworben hat, können im Grundbuch angemerkt werden.

c) Erhöhung

Art. 79 g

Jeder Miteigentümer ist berechtigt, die Brandmauer auf seine Kosten zu erhöhen oder tiefer in den Boden hinunterzuführen. Baut der Nachbar an das neuerstellte Mauerstück an, so hat er gemäss Art. 79 f Abs. 2 einzukaufen.

Stützmauern und Böschungen a) Pflicht zur Errich-

tung; Ausführung

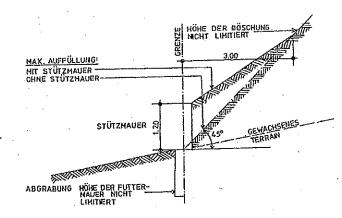
Art. 79 h

- Wer längs der Grenze Auffüllungen oder Abgrabungen ausführt, hat das Nachbargrundstück durch Böschungen oder Stützmauern zu sichern.
- Böschungsneigungen dürfen höchstens 45° (100 %) betragen. In steilem Gelände bleibt eine stärkere Neigung natürlich entstandener oder genügend gesicherter Böschungen vorbehalten.
- Die Stützmauer darf an die Grenze gestellt werden. Dient sie der Auffüllung, so darf sie den gewachsenen Boden des höher gelegenen Grundstückes höchstens um 1.2 m überragen.

b) Eigentum

Art. 79 i

- Eine Stützmauer, welche auf der Grenze steht, gilt als Bestandteil des Grundstückes, dessen Eigentümer sie erstellt hat. Kann dies nicht festgestellt werden, so wird Miteigentum beider Nachbarn angenommen.
- ² Im Übrigen sind die Vorschriften über die Brandmauern sinngemäss anwendbar.



Einfriedungen

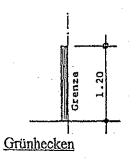
Art. 79 k

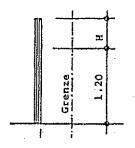
- Einfriedungen wie Holzwände, Mauern, Zäune, bis zu einer Höhe von 1.2 m vom gewachsenen Boden des höher gelegenen Grundstückes aus gemessen, dürfen an die Grenze gestellt werden.
- Höhere Einfriedungen sind um das Mass der Mehrhöhe von der Grenze zurückzunehmen, jedoch höchstens auf 3.0 m.
- Für Grünhecken gelten um 50 cm erhöhte Abstände; diese sind bis zur Mitte der Pflanzstelle zu messen.

Feste Einfriedungen

bis 1,2 m Höhe

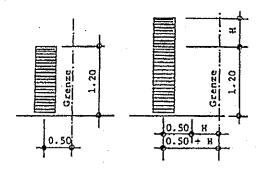
über 1,2 m Höhe





bis 1,2 m Höhe

über 1,2 m Höhe

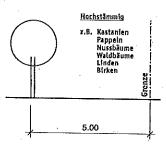


Bäume und Sträucher

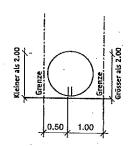
Art. 79 I

- Für Bäume und Sträucher, die nach Inkrafttreten dieser Bestimmungen gepflanzt werden, sind wenigstens die folgenden, bis zur Mitte der Pflanzstelle zu messenden Grenzabstände einzuhalten:
 - 5.0 m für hochstämmige Bäume, die nicht zu den Obstbäumen gehören, sowie für Nussbäume;
 - · 3.0 m für hochstämmige Obstbäume;
 - 1.0 m für Zwergobstbäume, Zierbäume und Spaliere, sofern sie stets auf eine Höhe von 3.0 m zurückgeschnitten werden;
 - 50 cm für Ziersträucher bis zu einer Höhe von 2.0 m sowie für Beerensträucher und Reben.
- Diese Abstände gelten auch für wild wachsende Bäume und Sträucher.
- Der Anspruch auf Beseitigung zu naher Pflanzungen verjährt nach 5 Jahren. Die Einhaltung der Maximalhöhen kann jederzeit verlangt werden.

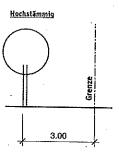




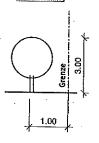
Ziersträucher







Niederstämmig



Entzug von Licht und Sonne

Art. 79 m

- Werden wohnhygienische Verhältnisse durch den Schattenwurf hochstämmiger Bäume wesentlich beeinträchtigt, so ist deren Eigentümer verpflichtet, die störenden Bäume gegen angemessene Entschädigung auf ein tragbares Mass zurückzuschneiden und sie nötigenfalls zu beseitigen.
- Vorbehalten bleiben entgegenstehende öffentliche Interessen, insbesondere des Natur- und Heimatschutzes und des Schutzes von Alleen.

Benützung von Mauern Art. 79 n an der Grenze

An Mauern und Wänden, die sich an oder auf der Grenze befinden, darf der Nachbar unentgeltlich unschädliche Vorrichtungen, namentlich Spaliere anbringen.

Betreten des nachbarlichen Grundes

Art. 79 o

Der Nachbar hat das Betreten oder die vorübergehende Benützung seines Grundstückes zu gestatten, wenn dies erforderlich ist für die Errichtung oder den Unterhalt von Bauten, Strassen, Pflanzungen längs der Grenze oder von sonstigen Anlagen wie Leitungen. Er ist rechtzeitig zu benachrichtigen und hat Anspruch auf möglichste Schonung und vollen Schadenersatz.